

GEW

EuWiS

Juni 2018

Zeitung "Erziehung und Wissenschaft im Saarland" des Landesverbandes der GEW im DGB



WEGE ZUR HOCHSCHULE

BILDUNG. WEITER DENKEN!



04

Thema: Digitalisierung und Demokratie

Editorial 03

Thema: Wege zur Hochschule 04

- 04 (Neue) Wege zur Hochschule
Das berufliche Schulsystem als Wegbereiter für akademische Bildung
- 06 Zahlen und Daten zum Hochschulzugang
- 08 Nexus - Übergänge gestalten, Studienerfolge verbessern
- 09 Eine Erfolgsgeschichte
Die gymnasiale Oberstufe an der Ganztagsgemeinschaftsschule Neunkirchen

Schule 10

- 10 Die Gefährdung der Demokratie durch digitale Desinformation
Teil 2: Konsequenzen für Politik und Bildung

Gewerkschaft 13

- 13 Die GEW Saarland hat einen neuen Vorstand
Außerdortlicher Gewerkschaftstag der GEW Saarland am 17. Mai 2018
- 15 Infos aus der Senior_innenarbeit
- 15 Auf den Spuren von Karl Marx
- 16 Unter Dach und Fach
Änderungstarifvertrag mit der Arbeiterwohlfahrt Saarland

Info & Service 18

- 18 Sommerprogramm der VHS Saarbrücken
- 19 Saarländisches Bündnis gegen Depression

Bücher & Medien 20

- 20 Cyberpsychologie
Leben im Netz: Wie das Internet uns ver@ndert
- 21 Mit dem Heißluftballon über die Bildungslandschaft
- 22 Einführung in das systemische Lerncoaching

Geburtstage & Jubiläen 23

- 23 Juni 2018
- 23 Schlusswort



Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Mo. - Do.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 16.00 Uhr
Fr.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 15.00 Uhr
Telefon: 0681 / 66830-0,
Telefax: 0681 / 66830-17
E-Mail: info@gew-saarland.de
Internet: http://www.gew-saarland

GEW-Service

Beratungszeiten für Mitglieder in Rechtsfragen

Mo., Di. u. Do.: 08.30 - 16.30 Uhr,
Mi.: 13.00 - 17.00 Uhr

Landesstelle für Rechtsschutz

Gabriele Melles-Müller,
Tel.: 0681 / 66830-13,
E-Mail: g.melles-mueller@gew-saarland.de
Fr.: 13.00 - 16.00 Uhr unter
Tel. (priv.): 0170 / 4151006

Beratung für Referendarinnen und Referendare

Andreas Sánchez Haselberger, Tel.: 0681 / 66830-14
E-Mail: a.sanchez@gew-saarland.de

Beratungsdienst für Auslandsaufenthalt von Lehrkräften

Susanne Torazzina
Tel.: 0170 / 9655772
E-Mail: susannetorazzina@t-online.de

Redaktionsschluss

05.06.2018
(Juli/August-Ausgabe)

06.08.2018
(September-Ausgabe)

E-Mail: redaktion@gew-saarland.de

Impressum Herausgeber

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB,
Landesverband Saarland, Geschäftsstelle:
Mainzer Str. 84, 66121 Saarbrücken
Tel.: 0681 / 66830-0, Fax: 0681 / 66830-17
info@gew-saarland.de

Redaktion
Helmut Bieg,
Dr. Judith Frankhäuser (verantwortl.),
Anna Haßdenteufel,
Matthias Römer,
Helmut Stoll (verantwortl.)

Anzeigenverwaltung
Andreas Sánchez Haselberger
a.sanchez@gew-saarland.de

Satz, Gestaltung
Bärbel Detzen
b.detzen@gew-saarland.de

Druck
COD Büroservice GmbH
Bleichstraße 22, 66111 Saarbrücken
Telefon: 0681 / 393530, info@cod.de

Bildnachweis
u.a. fotolia.de, privat

Titelfoto
fotolia.de/@Halfpoint

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der GEW wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der diesjährige Mai, der uns alle mit Sonnenschein und angenehmen Temperaturen verwöhnte, hat auch der saarländischen GEW ein Hoch beschert. Denn auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag, der am 17. Mai in Spiesen-Elversberg stattfand, klärte sich die personelle Besetzung des geschäftsführenden Vorstandes schon im ersten Wahlgang.

Da (erstmalig in der Geschichte des Landesverbandes) mehr Personen zur Wahl standen als Positionen zu besetzen waren, hatten die rund 100 Delegierten echte Wahlmöglichkeiten, um den nach der Satzungsänderung auf neun Personen erweiterten Vorstand zu küren. Das Team der EuWIS-Redaktion gratuliert allen Gewählten herzlich und wünscht ihnen viel Erfolg auf dem Weg, die GEW im Saarland

weiter zu stärken! Joachim Fegert berichtet in dieser Ausgabe detailliert über den Verlauf des Gewerkschaftstages.

Matthias Römer informiert in seinem Beitrag zum Rahmenthema „Wege zur Hochschule“ anhand von statistischen Daten über die unterschiedlichen Zugänge zum Hochschulstudium. Beim Blick auf die Zahlen fällt auf, dass im Saarland nur 0,87 Prozent der Studierenden keine allgemeine Hochschul- oder Fachhochschulzugangsberechtigung verfügen; damit gehört das Saarland in dieser Hinsicht zu den Schlusslichtern in Deutschland.

Helmut Bieg berichtet über das Projekt „nexus“ der Hochschulrektorenkonferenz. Das Projekt beschäftigt sich mit der Frage, wie die Studieneingangsphase zu verbessern ist, um die Studienerfolge zu steigern. Außerdem geht es um Überlegungen, wie unterschiedliche Studienleistungen anerkannt werden und innerhalb des Studiums Praxisbezüge integriert werden können. Birgit Jenni, unsere neue GEW-Landesvorsitzende, zeigt die Möglichkeiten zum Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung an Berufsbildenden Schulen auf.

Anna Haßdenteufel stellt die Entwicklung der gymnasialen Oberstufe an der Ganztagsgemeinschaftsschule Neunkirchen vor. Da Anna selbst viele Jahre an dieser Schule tätig

war, kann sie aus erster Hand berichten. In den Artikel fließen zudem Informationen ein, die der aktuelle Oberstufenleiter, Martin Duckstein, beisteuerte. Helmut Stoll setzt das Thema „Digitalisierung und Demokratie“ in einem weiteren Beitrag fort. ■

Das EuWIS-Redaktionsteam wünscht allen viel Freude beim Lesen und erholsame Ferien- oder Urlaubstage.

Judith Frankhäuser-Kantler
Helmut Stoll

EINE SCHULE
FÜR ALLE
FÖRDERN
STATT
AUSLESEN

ANZEIGE



COD Büroservice GmbH
Mainzer Straße 35 66111 Saarbrücken
Tel. 0681 39353-51 Fax 0681 6852301
print@cod.de www.cod.de

(Neue) Wege zur Hochschule

Das berufliche Schulsystem als Wegbereiter für akademische Bildung

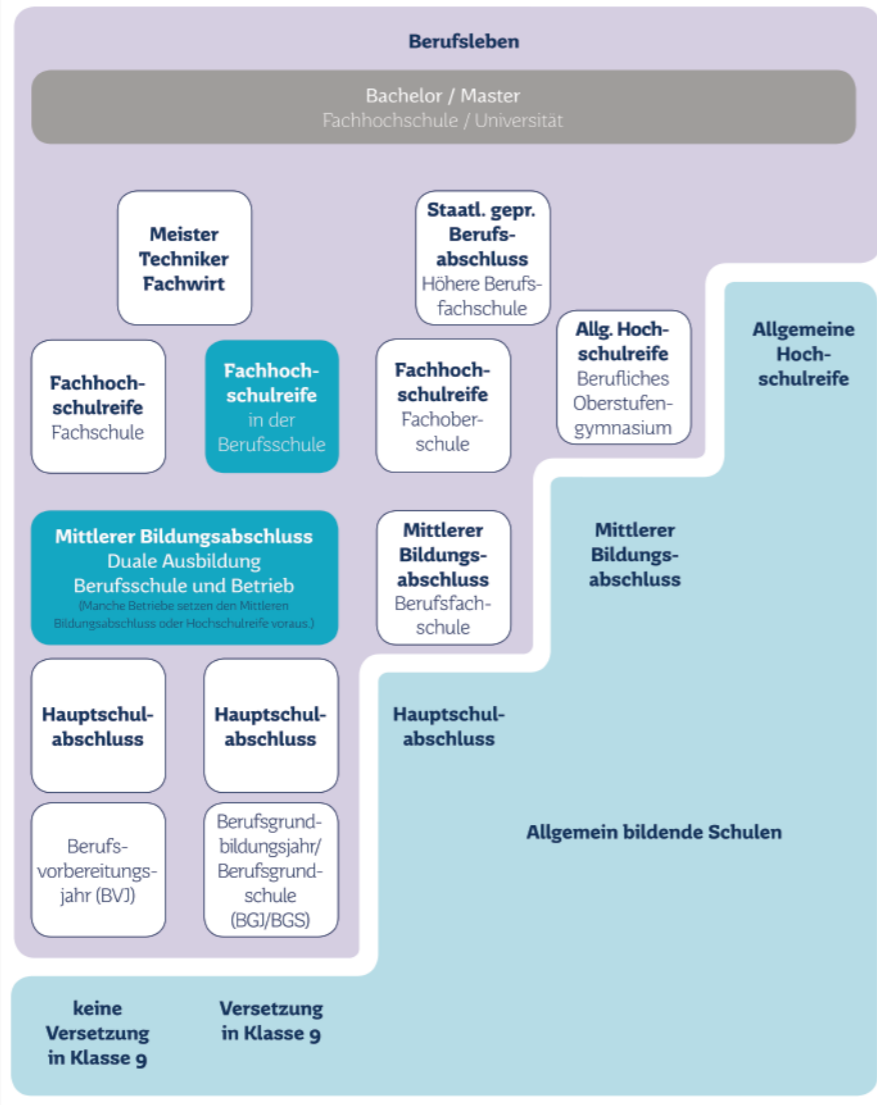
Für viele Eltern ist die Entscheidung, ob ihr Kind nach der Grundschule ein Gymnasium besuchen kann, vorentscheidend für dessen beruflichen Erfolg in der Zukunft. Für sie stellt sich oft die Frage, wie ihr Nachwuchs der zunehmenden Akademisierung gerecht werden kann, der er sich wegen der veränderten Rahmenbedingungen der Arbeitswelt stellen muss. In diesem Zusammenhang beherrschen Stärken und Schwächen des zweigliedrigen Schulsystems aus Gymnasium und Gemeinschaftsschule sowie Vor- und Nachteile der Rückkehr zu G8 seit Monaten die öffentlichen Debatten. Dabei wird der dritten Säule des Schulsystems häufig keinerlei Beachtung geschenkt: den beruflichen Schulen.

Diese bieten neben der Berufsschule, in der Schüler_innen in Teilzeit im Rahmen einer dualen Ausbildung beschult werden, zahlreiche weitere Schulformen an, die nach erfolgreichem Abschluss den Zugang zur Hochschule gewährleisten. Neben den Fachoberschulen, welche etwa in den Fachbereichen Wirtschaft, Ingenieurwesen, Gesundheit und Soziales, Ernährung oder Design nach zwei Jahren zur Fachhochschulreife führen, bieten einige Berufsbildungszentren auch Berufliche Oberstufengymnasien (z. B. mit Fachbereich Wirtschaft, Technik, Gesundheit und Soziales) an, die in drei Jahren mit der Allgemeinen Hochschulreife enden – und somit Zugang zu allen Studiengängen – auch an Universitäten – ermöglichen. Was viele dabei nicht wissen: Auch im Rahmen einer Berufsausbildung können die nötigen Berechtigungen zum Besuch einer Hochschule erworben werden. So können im Saarland etwa Absolvent_innen der Fachschule für Sozialpädagogik (Akademie für Erzieher) oder der Fachschule für Technik im Anschluss an den Bildungsgang an Fachhochschulen studieren. Über die „Berufsschule plus“ ist es möglich, während seiner dualen Berufsausbildung die Fachhochschulreife zu erwerben. Selbst mit Berufsausbildung und entsprechender Praxiserfahrung ist unter Umständen eine fachgebundene Hochschulreife möglich.

„Unsere Gesellschaft muss in Zeiten des Fachkräftemangels denjenigen wieder mehr Wertschätzung entgegenbringen, die vielleicht mehr praktisch veranlagt sind. Diese neuartigen Schulformen zeigen, dass eine duale Ausbildung keine Einbahnstraße ist, sondern alle Möglichkeiten bietet“, so Birgit Jenni, Fachgruppenvorsitzende Berufliche Bildung der GEW.

Das System der beruflichen Schulen

Kein Abschluss ohne Anschluss



Interessant ist dabei, dass die beruflichen Schulen sowohl horizontal als auch vertikal durchlässig sind. Macht eine Schülerin etwa in der Handelsschule (Fachbereich Wirtschaft) ihren Abschluss (Mittleren Bildungsabschluss), so kann sie danach ohne Weiteres z.B. in eine Fachoberschule Ingenieurwesen eintreten. Jenni hält dies für eine große Stärke der beruflichen Schulen: „Unser System bietet für jeden etwas. Und wenn er oder sie merkt, dass es mit dem Fachbereich nicht passt, dann gibt es die Möglichkeit, den nächst höheren

Abschluss in einem anderen Fachbereich zu erwerben.“

Das Problem sieht sie darin, dass viele Eltern und Schüler_innen von den Chancen nichts wüssten, die sich ihnen hier böten: „Wir müssen die Schüler_innen am besten bereits im Grundschulalter dahingehend beraten, dass Bildungswege vielseitig sind und ein Weg an die Hochschule auch über das berufliche Schulsystem führen kann.“ Viele Schüler_innen entwickelten erst später ihr Interesse an

einem Hochschulstudium. „Der Weg nach oben ist an den beruflichen Schulen offen“, sagt Jenni, „es hängt nur an den individuellen Interessen, was man daraus macht.“

Es sei durchaus bereits vorgekommen, dass Schüler_innen ohne Hauptschulabschluss in die Berufsvorbereitung (BVJ) kämen, um Jahre später mit der Allgemeinen Hochschulreife das Berufsbildungszentren zu verlassen. Und auch diejenigen, die kein Hochschulstudium aufnahmen, verdienten wieder mehr Anerkennung durch die Gesellschaft: „Friedrich Engels hat mal gesagt: Die Allgemeinbildung ist die Bildung der Herrschenden, die berufliche Bildung die der Beherrschten. Ich finde, dass wir wieder für mehr Gleichwertigkeit sorgen sollten. Wir brauchen alle gleichermaßen.“ Jenni appelliert dabei vor allem an die Politik, die „endlich dafür sorgen soll, dass die berufliche Bildung die Anerkennung in unserer Gesellschaft bekommt, die sie verdient.“

Fallbeispiel A:

Annika* kommt von einer Förderschule mit ihrem Abschluss in die Berufsgrundschule (BGS). Dort ist sie zunächst sehr schüchtern, entwickelt sich jedoch mehr und mehr zur Leistungsträgerin und beliebten Mitschülerin. Sie macht ihren Abschluss als beste Schülerin der Klasse und wechselt im darauffolgenden Jahr in die Kinderpfleger_innenschule (KI), wo sie ihren Mittleren Bildungsabschluss macht. Sie macht danach eine Ausbildung zur Erzieh-

erin in der Fachschule für Sozialpädagogik mit dem Ziel der Fachhochschulreife.

Fallbeispiel B:

Tatjana* kommt von der Förderschule an die Berufsschule, um dort eine duale Ausbildung zur Friseurin zu beginnen. Sie merkt sofort, dass der Beruf genau der Richtige für sie ist und ihr Talent wird von ihrer Chefin sowie ihren Fachlehrern schnell erkannt. Dies schlägt sich in den schulischen Leistungen nieder, sodass sie die Gesellenprüfung als Jahrgangsbeste abschließt und mit ihrem Notenschnitt den Mittleren Bildungsabschluss erwirbt. Im Jahr darauf entschließt sie sich, die Fachoberschule zu besuchen, in der sie die Fachhochschulreife erhalten kann.

Fallbeispiel C:

Julian* kommt an ein Berufsbildungszentrum, um dort in zwei Jahren seinen Mittleren Bildungsabschluss an einer Berufsfachschule für Haushaltsführung und Ambulante Betreuung (HAB) zu machen. Er kann sich hier im Behindertenbereich, Altenbereich, in der sozialen Betreuung, Grundpflege sowie Hauswirtschaft orientieren. Sein Abschluss bietet ihm aufgrund des Fachkräftemangels in diesem Berufsfeld viele Möglichkeiten. Er entscheidet sich für die Fachoberschule, um im Anschluss Gesundheitsmanagement oder Soziale Arbeit zu studieren.

Fallbeispiel D:

Nils* kommt mit seinem schlechten Hauptschulabschluss in das Berufsbildungszentrum (BGJ). Weil er handwerklich begabt ist, wechselt er im Jahr darauf in die Gewerbeschule und macht dort seinen Mittleren Bildungsabschluss in zwei Jahren. Er ergattert einen Ausbildungsplatz bei einem großen Industrieunternehmen im Bereich Metalltechnik, wo er die Möglichkeit hat, zusätzlich zur dualen Berufsausbildung die Fachhochschulreife zu erwerben (Berufsschule plus). Er möchte später Maschinenbau studieren.

Fallbeispiel E:

Kim* träumt davon, Ärztin zu werden und wechselt nach der 9. Klasse von einem konventionellen Gymnasium in ein Berufliches Oberstufengymnasium mit Fachbereich Gesundheit und Soziales. Sie kommt dort in ein neues Umfeld, ihre Mitschüler_innen haben alle unterschiedliche Bildungsbiographien. In ihrer neuen Klasse absolviert sie die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe und macht zwei Jahre später ihre Allgemeine Hochschulreife, sodass sie sich für ein Medizin-Studium bewerben kann. ■

Carsten Kohlberger

*Name geändert

Grafik: https://www.saarland.de/dokumente/thema_bildung/Chancen_fuer_die_Zukunft_2017.pdf

ANZEIGE

WENN NIEMAND MEHR ÜBER INHAFTIERTE JOURNALISTEN IN DER TÜRKEI SCHREIBT, SIND DANN ALLE WIEDER FREI?

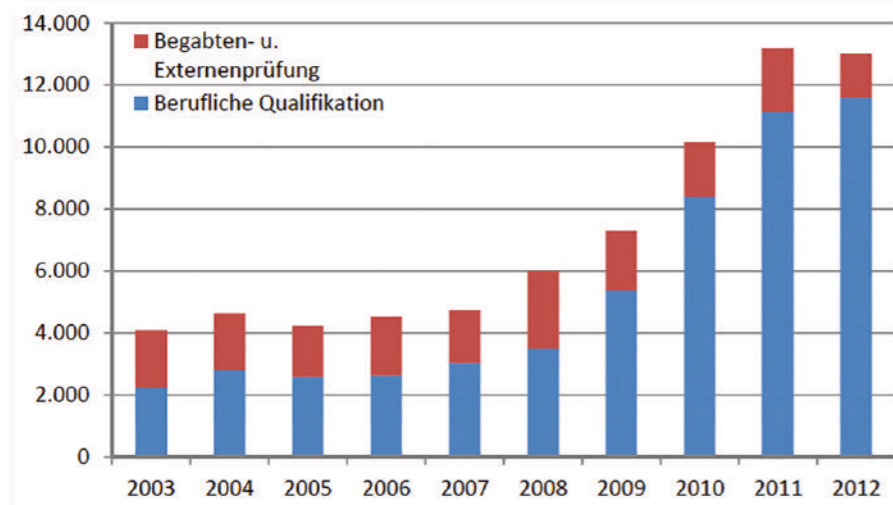
REPORTER OHNE GRENZEN E.V. - WWW.REPORTER-OHNE-GRENZEN.DE - SPENDENKONTO IBAN: DE26 1009 0000 5667 7770 80 - BIC: BEVODE33

REPORTER OHNE GRENZEN FÜR INFORMATIONSFREIHEIT

Zahlen und Daten zum Hochschulzugang

Das Statistische Bundesamt, die Kultusministerkonferenz als Institution des ständigen Austauschs der Verantwortlichen der Bundesländer sowie das Centrum für Hochschulentwicklung veröffentlichen in regelmäßigen Abständen Daten zum Hochschulzugang. Diesen kann man neben den aktuellen Zahlen auch die Entwicklung der vergangenen Jahre aber auch die prognostizierte Entwicklung entnehmen. Wir haben die wichtigsten Daten mit dem Schwerpunkt des Zugangs mithilfe beruflicher Qualifikationen an dieser Stelle zusammengetragen, um einen Überblick zu geben.

In Deutschland waren im Jahr 2014 ca. 2,7 Mio. Studierende eingeschrieben. Das Saarland ist dabei – bezogen auf die absoluten Zahlen – das Schlusslicht unter den Bundesländern, was natürlich auch an seiner geringen Einwohnerzahl und der damit verbundenen geringen Anzahl an Hochschulen liegt. Die Zahl der Studierenden lag bundesweit 2014 um 37 % über dem Stand von 2004. Im Zeitraum von 2004 bis 2014 stieg die Zahl der Studierenden an Universitäten und Kunsthochschulen um 365.000 Personen (26 %), an Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen sogar um 371.000 Personen. Das entspricht einem Zuwachs von 66 %.



Bundesweite Entwicklung der Studienanfänger mit Begabtenprüfung bzw. beruflicher Qualifikation (Quelle: Statistische Daten der KMK)

Im Jahr 2014 lag die Studienberechtigtenquote bei 53 %. Das bedeutet, dass auf Basis der Daten des Jahres 2014 etwas mehr als die Hälfte der Personen einer Alterskohorte im Laufe ihres Lebens die schulischen Voraussetzungen erfüllen, um eine Zugangsberechtigung zu einer Hochschule zu erwerben. Das Saarland nimmt neben Hessen in Bezug auf die Studienberechtigtenquote einen Spitzen-

platz ein.

Insgesamt nahmen 193.300 junge Menschen, die 2014 ihre Hochschulreife erreichten, noch im gleichen Jahr ein Studium an einer deutschen Hochschule auf. Dies entspricht einer Übergangsquote von 45 % im Jahr des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung. Damit war die Übergangsquote im Jahr 2014 auf ähnlich hohem Niveau wie in den drei Jahren zuvor. Spannend sind hier die Unterschiede zwischen allgemeinem Abitur und Fachabitur, als auch zwischen den Geschlechtern: Für die Schulabsolventinnen und -absolventen des Jahres 2012 lässt sich inzwischen sagen, dass 79 % der Studienberechtigten mit allgemeiner Hochschulreife innerhalb von zwei Jahren ein Studium begannen. Bei den Studienberechtigten mit Fachhochschulreife ist dies nur bei 41 % der Fall. Die höchste Übergangsquote von 83 % wiesen hierbei Männer mit allgemeiner Hochschulreife auf, dagegen hatten Frauen mit Fachhochschulreife mit 31 % die niedrigste Übergangsquote.

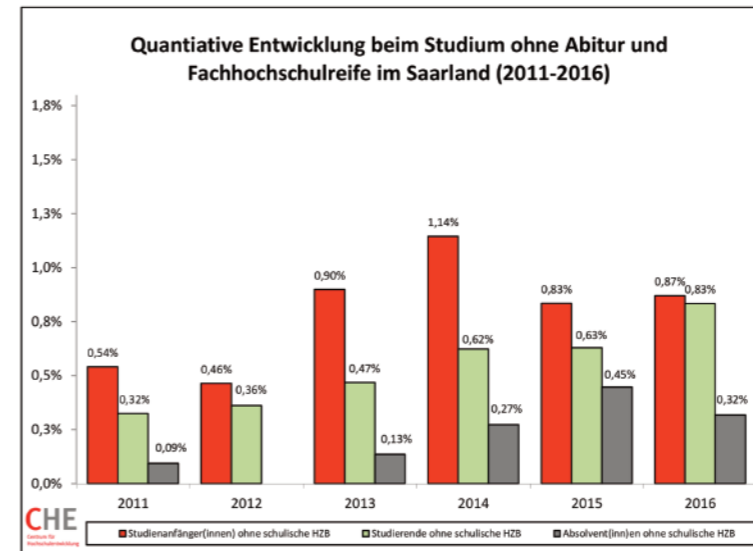
In den vergangenen Jahren hat sich die Zahl der Studienanfänger, die über eine berufliche Qualifikation an die Hochschule gekommen

sind, sehr dynamisch entwickelt: Lag deren Anzahl im Jahr 2003 noch bei 2.244, so stellt im Jahr 2012 bereits für 11.592 Personen die berufliche Qualifikation die Eintrittskarte für das Studium dar. Dies dürfte insbesondere auf die Erleichterung des Hochschulzugangs für diesen Personenkreis in Folge des Beschlusses der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009 zur Vereinbarung einheitlicher Kriterien für

den Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung zurückzuführen sein. Infolge dieser politisch erwünschten Entwicklung ist der Anteil der Studienanfänger über eine berufliche Qualifikation an allen Studienanfängern von 0,6% im Jahr 2003 auf 2,3% im Jahr 2012 gestiegen. Die Zahl der Studienanfänger, die über eine Begabten- oder Externenprüfung an die Hochschule gekommen sind, lag im Jahr 2012 mit 1.422 Studienanfängern hingegen unter den Werten der vergangenen Jahre. Die Zahlen schwanken hier zwischen 1.422 im Jahr 2012 und 2.505 im Jahr 2008.

Die Gruppe der Zugangsberechtigten durch eine berufliche Qualifikation ist von besonderem Interesse. Durch den oben erwähnten Beschluss der Kultusminister der Bundesländer „Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung“ wurde sich auf allgemeine Standards den Erwerb von allgemeinen bzw. fachgebundenen Hochschulzugangsberechtigungen aus der beruflichen Bildung geeinigt. Nach einem Jahr erfolgreich absolvierten Studiums werden die auf dieser Grundlage erteilten Hochschulzugangsberechtigungen von allen anderen Bundesländern für Weiterstudienzwecke im gleichen oder einem fachlich ähnlichen Studiengang anerkannt. Dies gilt auch dann, wenn einzelne Bundesländer weitergehende Regelungen erlassen haben. Seit dem Beschluss der KMK hat es einige Veränderungen der jeweiligen Gesetze der Bundesländer gegeben. So ist mittlerweile die Möglichkeit, als Meister eines Ausbildungsberufs ein beliebiges Studium aufzunehmen, in fast allen Bundesländern tatsächlich gegeben, es sei denn, es gibt einen NC. Der Zugang zum Studium ist dann meist mit einer Vorabquote versehen, d. h. 3 - 10 % der zu vergebenden Studienplätze sind für die Gruppe der beruflich Qualifizierten reserviert. Dies gilt in 10 von 16 Bundesländern. Die Quote ist unterschiedlich ausgestaltet.

Die allgemeine Hochschulzugangsberechtigung erhalten – außer möglicherweise in einigen wenigen Bundesländern, die den obigen KMK-Beschluss immer noch nicht in Landesrecht umgesetzt haben sollten außer Meistern gemäß der Handwerksordnung, Fachwirte (IHK) und andere entsprechende Fortbildungsabschlüsse, staatlich geprüfte Techniker_innen, Betriebswirte, Erzieher_innen u.a. mit Abschluss einer Fachschule, Lehrkräfte für Pflege, Pflegedienstleiter_in-



Quantitative Entwicklung beim Studium ohne Abitur und Fachhochschulreife im Saarland (2011-2016)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Studienanfänger(innen) ohne schulische HZB	31	26	49	65	48	51
Studierende ohne schulische HZB	87	102	134	184	194	259
Absolvent(innen) ohne schulische HZB	3	0	6	14	25	19

Quelle: Berechnungen des CHE auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamtes

nen, etc. Wer nicht zu den oben genannten Gruppen gehört, aber mindestens eine zweijährige Berufsausbildung und eine mindestens dreijährige Berufspraxis nachweisen kann, kann eine fachgebundene Hochschulzugangsberechtigung (fachlich passend zur Berufsausbildung) erlangen.

In den meisten Bundesländern ist es hierzu erforderlich, zusätzlich Eignungsfeststellungsverfahren der Hochschule bzw. einer staatlichen Stelle erfolgreich zu bestehen. Das Eignungsfeststellungsverfahren kann in einigen Ländern in Fächern, die nicht zulassungsbeschränkt sind, durch ein nachweislich erfolgreich absolviertes Probestudium von mindestens einem Jahr ersetzt werden. In Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz dürfen Absolvent_innen einer Berufsausbildung in Fächern, die ihrem Ausbildungsberuf vom Profil her entsprechen, auch ohne eine weitere Prüfung studieren, sofern ausreichend Studienplätze zur Verfügung stehen. Ansonsten ist der Hochschulzugang aus Kapazitätsgründen beschränkt – dies gilt auch für Abiturient_innen – und die Studieninteressierten müssen sich für das Studium bewerben. Über die Zulassung entscheidet dann in der Regel die

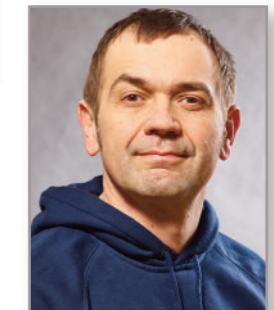
Note.

Im April 2017 hat das Saarland neue Regelungen bezüglich des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte durchgesetzt. Hierbei entfällt der Hochschulzugang über die Zugangsprüfung. Ein Zugang zum Studium ist also nur noch über das Probestudium möglich. Darüber hinaus ist es nun Voraussetzung, dass das Abschlusszeugnis eines beruflich qualifizierten Bewerbenden mindestens eine Durchschnittsnote von 2,5 aufweisen muss. Inwiefern diese Neuerungen der Berufsqualifikationsverordnung das Studium ohne Abitur im Saarland beeinflussen wird, wird sich wohl erst im Laufe der nächsten Jahre zeigen. In Jahr 2017 ist ein Anstieg der Studienanfänger_innen sowie der Studierenden ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung an saarländischen Hochschulen zu verzeichnen, das Bundesland liegt dennoch weit unter dem Bundesdurchschnitt.

Das Saarland gehört beim Studium ohne allgemeine Hochschul- und Fachhochschulreife in Deutschland zu den Schlusslichtern. Nach einem deutlichen Abfall im Jahr 2015 auf 0,83 Prozent ist im Jahr 2016 jedoch zumindest wieder eine leichte Steigerung der

Studienanfänger_innen ohne Abitur erkennbar. Die Quote von aktuell 0,87 Prozent liegt nach wie vor weit unter dem Bundesdurchschnitt von 2,58 Prozent und landet auf dem letzten Platz im Bundesländervergleich in dieser Kategorie. Selbigen Platz erreicht das Bundesland in der Gruppierung der Studierenden ohne HZB. Deren Anteil ist im Saarland im Vergleich zum letzten sowie den Jahren davor mit 0,2 Prozentpunkten vergleichsweise stark gestiegen. Ein genauerer Blick auf hochschul-spezifische Zahlen verrät, dass dies im Saarland im Wesentlichen auf die im Vergleich zum Jahr 2015 stark gestiegene Anzahl an Begabtenprüfungen zurückzuführen ist, die bei den Studierenden an der Hochschule der Bildenden Künste Saar am auffälligsten zu beobachten ist.

Diese Entwicklung sollte somit im nächsten Jahr genauer im Blick behalten werden. Bei der Absolvent_innenquote ohne Abitur ist nach den steigenden Tendenzen seit 2013 erstmals wieder ein Rückgang von 0,45 Prozent auf 0,32 Prozent erkennbar. Trotz dieser Entwicklung steigt das Saarland mit dieser Quote im Bundesländervergleich um einen Platz und erreicht den 14. Rang. Insgesamt gesehen rangiert das Bundesland eher auf den hinteren Rängen beim Studium ohne Abitur. ■



Zusammengestellt von Matthias Römer

DIE BILDUNGSGERWERKSCHAFT EMPFIEHLT:

AKTIV WERDEN GEGEN NAZIS

Nexus - Übergänge gestalten, Studienerfolg verbessern

„Nexus - Übergänge gestalten, Studienerfolg verbessern“, unter diesem Titel beschäftigte sich das Projekt "nexus" der Hochschulrektorenkonferenz von 2014-2018 mit verschiedenen Fragen zum Thema. Im Grußwort der veröffentlichten Broschüre heißt es: "Wie können Studierende mit unterschiedlichen Bildungsbiografien und Hintergründen besser an den Hochschulen ankommen und erfolgreicher studieren? Wie können Studien- und Prüfungsleistungen, die in einer anderen Hochschule erbracht wurden, qualitativ gesichert anerkannt werden? Wie sollte ein wissenschaftliches Studium ausgestaltet sein, damit die Absolventen auf dem

schulens standortspezifisch die Qualität und der Stellenwert der Lehre verbessert werden muss, in Studiengängen der Medizin und der Gesundheitsfachberufe wird Interprofessionalität hervorgehoben. Herausforderungen werden insbesondere in der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Hochschulen und der dauerhaft erhöhten Studierendenzahl gesehen sowie die Verbindung zwischen Wissenschaft und Praxisbezug. Der Begriff der "Employability" wird als zu monolithisch gedacht abgelehnt.

Maßnahmen

Die Broschüre stellt Maßnahmen aus Cottbus, Aachen und Mainz vor. So bietet Cottbus für alle 30 Bachelor-Studiengänge ein einjähriges Orientierungsstudium namens "College+" an, welches neben Lehrveranstaltungen auch praktische Anteile aufweist. In Aachen bot es sich an, vor Beginn eines Fachstudiums das Sommersemester für erste realistische Einblicke in ingenieurwissenschaftliche Studiengänge von sieben Fachbereichen und Fakultäten zu nutzen: drei auf Universitätsseite, vier auf FH-Seite, aus jeweils sich entsprechenden Fächern"; auch hier werden praktische sowie theoretische Module angeboten. Neben Standortvorteilen versprechen sich die Hochschulen auch, sogenannte "First Generation"-Studierende anwerben zu können.

Die Universität Mainz wirbt mit ihrem "step by step"-Programm hingegen besonders um beruflich bereits vorqualifizierte Studienanfänger im Bereich Humanmedizin, die keine klassische Hochschulzugangsberechtigung haben. Die Broschüre stellt darüber hinaus generelle Erfolgsfaktoren für die Studieneingangsphase dar.

Mobilität und Durchlässigkeit

In diesem Teil der Broschüre werden zu nächst in einem Interview mit Prof. Dr. Mechthild Dreyer von der Uni Mainz Ideen erörtert, welche die Anerkennung von Hochschulleistungen im In- und Ausland sowie die innerdeutsche Mobilität von Hochschule zu Hochschule betreffen. Hierbei attestiert die Interviewpartnerin den deutschen Hochschulen, bereits auf einem guten Weg zu sein und eine "Anerkennungskultur" zu etablieren. Des Weiteren stellt die Bro-

schüre Anerkennungswege der Universitäten Potsdam, Flensburg und Ulm vor.

Ein zusätzlicher Blick wird auf die Hochschulen Aalen und Oldenburg und deren Programme zur Anrechnung außerhalb von Universitäten erworbener Kompetenzen geworfen. In diesem Zusammenhang wird auch das Schleswig-Holsteinische Netzwerk LINA VO vorgestellt, eine Infrastruktur für berufs begleitende Onlinestudiengänge.

Praxisbezüge

In ihrem letzten Abschnitt thematisiert die Broschüre verschiedene Wege der Integration von Praktika und Praxisbezug ins Studium und stellt hierzu die Programme der Hochschulen Würzburg-Schweinfurt und Ostwestfalen-Lippe vor.

Prof. Dr. Wilfried Schubarth von der Universität Potsdam gibt in einem Interview zusätzlich Empfehlungen für eine sinnvolle Einbettung von Praxiselementen. Seine Feststellung, dass eine einfache Einplanung zusätzlicher Zeit für Praktika nicht zielführend ist, sticht hervor. Abschließend stellt die Broschüre die Ars legendi-Preisträger 2017 und interprofessionelle Lehrveranstaltungen der Medizin in Berlin vor. ■



Helmut Bieg

Mehr Informationen unter www.hrk-nexus.de.



Eine Erfolgsgeschichte

Die gymnasiale Oberstufe an der Ganztagsgemeinschaftsschule Neunkirchen

Einleitung:

Lange vor der Diskussion um die Gleichwertigkeit der Gemeinschaftsschulen und der Gymnasien (siehe hierzu auch die GEW-Broschüre „Gleichwertigkeit im Zwei-Säulen-Modell“), hat sich die Ganztagsgemeinschaftsschule Neunkirchen in Kooperation mit den Gesamtschulen Schiffweiler und Bexbach im Schuljahr 1993/94 an eine eigene Oberstufe gewagt. In drei Jahren sollten Schüler_innen, die zum großen Teil ohne gymnasiale Empfehlung an die Schulen gekommen waren, zum Abitur geführt werden. Mit diesem Schritt wollte die Neunkircher Schulleitung neben dem gebundenen Ganztags nicht nur die Attraktivität des Standortes erhöhen, sondern möglicherweise auch einen Beitrag leisten zur Aufhebung der großen Ungerechtigkeit des deutschen Schulsystems, in dem der Schulerfolg immer noch stark von der sozialen Herkunft abhängt (vgl. Weltbildungsbericht der UNESCO 2017).

Historie und einige Zahlen:

Laut Aussage des Oberstufenleiters, Martin Duckstein, begann die gemeinsame Oberstufe in einem etwas abseits gelegenen Trakt des Krebsberggymnasiums. Die wenigen Räume, die dort zur Verfügung standen, reichten für die ca. 30 Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 1993/94 in der 11. Klasse begannen, zunächst aus. Der kontinuierliche Anstieg der Schülerzahlen machte aber bereits nach einigen Jahren einen Umzug an den Standort der Gesamtschule Neunkirchen in die Haspelstrasse nötig. Ab diesem Zeitpunkt standen den Oberstufenschülern nicht nur angemessenen ausgestattete Räume zur Verfügung, sie wurden auch ausschließlich von Kolleg_innen der drei kooperierenden Gesamtschulen unterrichtet. Heute besuchen ungefähr 200 Schülerinnen und Schüler die gemeinsame Oberstufe, 84 Schüler_innen sind in diesem Schuljahr im Abschlussverfahren, so der Oberstufenleiter.

Schüler_innen der Oberstufe:

Zum ganz großen Teil kommen die Schüler_innen aus den Gemeinschaftsschulen der drei Standorte, Neunkirchen, Schiffweiler und Bexbach. Im Verlauf der dreijährigen Oberstufe bleiben sie Schüler_innen ihrer Stammschule, es sei denn, sie melden sich bewusst um. So kommt es auch, dass bei der Abiturfeier, die im rollierenden System von einer der drei Schulen ausgerichtet wird, die Schulleiterin bzw. der Schulleiter der jeweiligen Stammschule „seinen“ Schüler_innen das Abiturzeugnis überreicht.



Foto: Anna Haßdenteufel

Kamen in den früheren Jahren vor allem in der Klassenstufe 12 viele Schülerinnen und Schüler, die an den umliegenden Gymnasien gescheitert waren, hat sich diese Zahl auf fünf bis zehn pro Jahrgang eingependelt, so Martin Duckstein. Gerade diese Schüler_innen haben mir immer wieder berichtet, dass sie nun wieder gerne zur Schule gingen, sich gesehen und in der angenehmen Atmosphäre der Schule wohl fühlten. Hier erfüllt sich, was Experten schon lange wissen, dass langfristige, vertrauensvolle Beziehungen zwischen Lehrer_innen und Schüler_innen die Voraussetzung für erfolgreiches Lernen darstellen.

Und dennoch gibt es Schüler_innen, die sich vor dem Abitur für einen anderen Weg entscheiden. Die meisten von ihnen gehen mit der Fachhochschulreife ab. Sie beginnen entweder ein Studium an der HTW des Saarlandes oder eine qualifizierte Ausbildung wie Mike T., der als Mechatroniker bei der Fa. Mercedes seinen Traumabildungsplatz erhielt.

Auch in den Jahren, in denen ich als Religionslehrerin und in dem Zusatzfach Wirtschaftslehre an dieser Oberstufe eingesetzt war, konnte ich so manche Erfolgsgeschichte begleiten. Dabei sind die Wege der Jugendlichen manchmal geradeaus gegangen, wie bei Christina M., die nach dem Abitur und einem Freiwilligen Sozialen Jahr an einer Grundschule, in Koblenz Mathematik und Kunst für die Primarstufe studierte. Heute ist Christina im Referendariat an einer Grundschule in Dudweiler. Sie ist glücklich, weil sie den Beruf für sich gefunden hat, den sie immer ausüben wollte.

Bei Sarah S., die 2008 an unserer Oberstufe ihr Abitur machte und deren Klassenlehrerin

ich ab der fünften Klasse war, ging es mit Umwegen zum Ziel. Auf zwei Semester BWL-Studium folgte eine erfolgreich abgeschlossene Lehre als pharmazeutisch kaufmännische Angestellte. Als Sarah im Sommer 2011 einen der begehrten Studienplätze in Pharmazie an der Universität des Saarlandes erhielt, war sie mutig genug, trotz der finanziellen Anreize, die eine eigene Apotheke einmal mit sich bringen könnten, an ihrem eigentlichen Traumberuf festzuhalten. Sie wollte in der Sterilherstellung arbeiten. Sarah nahm eine erneute Ausbildung zur pharmazeutisch technischen Assistentin auf sich. Als Jahrgangsbeste bestand sie 2015 die letzten Prüfungen. Heute ist sie glücklich, dass sie in ihrem Traumberuf arbeiten kann.

Sicher ist es richtig, dass nicht alle Jugendlichen die allgemeine Hochschulreife erreichen müssen. Es gibt aber auch diejenigen, die das Potential haben und nicht zwangsläufig den „Königsweg“ einschlagen können, weil sie eben nicht aus einem Akademikerhaushalt kommen und/oder zu den Spätentwicklern gehören. Diese Jugendlichen zur allgemeinen Hochschulreife zu führen, dazu trägt die Oberstufe der GGS-Neunkirchen wesentlich bei. Wenn das keine Erfolgsgeschichte ist! ■



Anna Haßdenteufel

Übergänge gestalten, Studienerfolg verbessern

HRK Hochschulrektorenkonferenz
Projekt nexus
Übergänge gestalten, Studienerfolg verbessern

Arbeitsmarkt Fuß fassen [...] Auf insgesamt 36 Seiten werden verschiedene Ideen zum Thema dargestellt, unterteilt in eine "Bilanz der Runden Tische", "Maßnahmen in der Studieneingangsphase", "Mobilität und Durchlässigkeit" sowie "Kompetenzerwerb durch Praxisbezüge".

"Runde Tische"

Die "Runden Tische" kommen hierbei zu dem Schluss, dass an den einzelnen Hoch-

Die Gefährdung der Demokratie durch digitale Desinformation

Teil 2: Konsequenzen für Politik und Bildung

Die Maiausgabe der EuWis stellte einige Grundgedanken zum Thema „Die Gefährdung der Demokratie durch digitale Desinformation“ vor. Die aktuelle Ausgabe greift zunächst diese Überlegungen auf und beleuchtet anschließend Möglichkeiten von Politik und Bildung, durch Förderung der Nachrichtenkompetenz demokratische Strukturen und Prozesse auch im digitalen Zeitalter sicherzustellen.

Die Monopolstellung der IT-Giganten

Die Monopolstellung der IT-Giganten und die ökonomische Macht der IT-Giganten bedrohen die Demokratie deshalb, weil die Pluralität der Meinungen eingeschränkt wird. Google als Suchmaschine, Amazon im E-Commerce, Facebook bei den sozialen Netzwerken unterliegen keiner effektiven Kontrolle durch das Wettbewerbsrecht. So ist Facebook durch seinen Newsfeed der mit Abstand größte Herausgeber von Nachrichten in der Geschichte der USA. Die Monopolstellung wirft nicht nur marktwirtschaftliche Probleme auf, sondern hat auch zur Folge, dass der öffentliche Raum kommerzialisiert wird. In der gesamten Menschheitsgeschichte galt der öffentliche Raum als nicht kommerziell, jetzt macht Google daraus einen globalen Verkaufsraum. Während früher Clubs und Gesellschaften, Marktplätze und Kneipen Orte des Austauschs und der zwanglosen Begegnung waren, dominieren Google und Facebook diesen Raum und pflastern ihn mit Werbung zu.

Skandalisierung und Polarisierung von Meinungen als Merkmale der Aufmerksamkeitsökonomie

Die Skandalisierung von Ereignissen und die Polarisierung von Meinungen im Internet hemmen das differenzierte Betrachten von Sachverhalten und das kritische Abwägen von Positionen. Die Netzwerke fordern ihre User zur Teilnahme auf und dort bekommen sie umso mehr Aufmerksamkeit, je auffälliger sie sich zu Wort melden. Der in Harvard lehrende Historiker Niall bringt es in einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ auf den Punkt: „Mit anderen Worten, je größer der Blödsinn, umso größer die Chance, dass er viral geht. Mit jedem emotionalen oder moralisch besetzten Wort in einem Tweet steigen die Chancen der Weiterverbreitung um zwanzig Prozent. Bei Twitter betreten Sie also auto-

matisch eine Sphäre des latenten Extremismus, der per Newsfeed über Facebook weiterverbreitet wird. 45 Prozent aller Amerikaner bezeichnen Facebook als ihre wesentliche Nachrichtenquelle, und damit zerstört Facebook die Demokratie.“ (ZEIT Nr. 53/17, S. 24)

Die Haftung für Netzinhalte als Lösung des Problems?

Die von der Politik geforderte Regulierung von Netzinhalten macht bislang nur geringe Fortschritte. Angesichts der zig Milliarden Facebook-Posts pro Jahr wirken die von Facebook angekündigten 10.000 neuen Jobs, um Nachrichten zu kontrollieren und Extremisten aufzudecken, wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Nur wenn die IT-Giganten für die Verbreitung von Fake-News und menschenverachtenden Parolen haftbar gemacht werden können, ergeben sich Ansatzpunkte zur Lösung des Problems. In den USA scheitert dies allerdings an der Abhängigkeit der Parteien von Spendengeldern der Internetfirmen. Insbesondere die aktuelle Opposition, also die Demokraten, sind auf diese Gelder angewiesen. Wenn die Demokraten die Macht von Apple und Facebook einschränken wollen, dann drehen diese ihnen den Geldhahn zu.

Die digitale Diktatur in China und die smarte Diktatur in Westen

Da in China ein Fünftel der Weltbevölkerung lebt, sind chinesische Internetfirmen wie Baidu und Tencent mit Google und Apple vergleichbar. Allerdings gibt es einen wichtigen Unterschied, den der Chef von Alibaba, dem chinesischen Amazon, klar macht: Jack Ma meinte, dass Big Data für die politische Stabilität Chinas entscheidender sei als alles andere. Während Facebook die Nutzerdaten ausschließlich für die eigenen Geschäftsinteressen nutzt, bedeuten die Nutzerdaten in China dagegen die Ermächtigung zur Diktatur. Dort hat der Staat uneingeschränkten Zugang zu allen Daten und verfügt zudem über die Möglichkeiten, diese auszuwerten. Damit kann jede Opposition unterdrückt und ein totalitäres System etabliert werden.

Die Demokratien in Europa und in den USA sind nun nicht durch bewusst geplante Überwachung ihrer Bürger und Bürgerinnen gefährdet, sondern durch die digitalen Spuren,

die sie freiwillig im Netz hinterlassen. Harald Welzer, der Direktor der Futurzwei-Stiftung Zukunftsfähigkeit, spricht in diesem Zusammenhang von smarter Diktatur: „Mitten in der Demokratie wächst ein neuer Typ von Diktatur heran: die smarte Diktatur. Ihre Machtübernahme geschieht unauffällig, die neuen Diktatoren tragen keine Uniformen, sie arbeiten nicht mit Spitzeln. Was sie brauchen, liefern wir Bürger selbst mit jedem Klick. Denn in der smarten Diktatur fallen Konsum und Überwachung zusammen.“ (Aus dem Umschlagtext von Welzer, H. 2016)

Konsequenzen für die Politik

Um die demokratische und freiheitliche Kultur vor Fake-News und anderem Unfug zu schützen, sind die IT-Monopole für Inhalte ihrer Nutzer gegebenenfalls haftbar zu machen. Hier ist der Gesetzgeber gefordert. Dass Hasstiraden und Volksverhetzung nicht durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt sind, versteht sich von selbst. Der Aufbau einer entsprechenden und effektiven Firewall, die die gewinnträchtigen Internetfirmen aus ihrer Tasche zu zahlen haben, muss ebenfalls schnellstmöglich erfolgen.

Die dringend gebotene Verbesserung des Datenschutzes soll mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), die am 25. Mai 2018 in Kraft tritt, erreicht werden. Alle in der EU tätigen Unternehmen, die personenbezogene Daten nutzen, sind dann per gesetzlicher Verordnung zu mehr Datenschutz verpflichtet. Facebook preist diese Verordnung in Zeitungen wie der „Bild am Sonntag“ ganzseitig mit den Worten: „Neue EU-Gesetzgebung bedeutet mehr Datenschutz für dich“. Es gilt kritisch zu prüfen, ob die Verordnung tatsächlich die beabsichtigten Wirkungen erzielen wird. Nähere Informationen über die Verordnung finden sich unter: europa.eu/dataprotection/de

Wenn die Internet-Firmen den unabhängigen Journalismus weiter in Bedrängnis bringen sollten, müsste dieser auch mit öffentlichen Geldern stärker finanziert werden. Die Entwicklung einer informierten Gesellschaft wird damit zu einer öffentlichen Aufgabe aller Demokratien.

Eine Studie der TU Dresden zur politischen Informiertheit von Lehramtsstudierenden

Vor etwa einem halben Jahr publizierten Kommunikationswissenschaftler der Technischen Universität Dresden eine Studie, die untersuchte, wie sich angehende Lehrer informieren und was sie über demokratische Berichterstattung in diesem Land wissen. Das Ergebnis war ausgesprochen ernüchternd, wenn man davon ausgeht, dass zukünftige Pädagogen über solide politische Grundkenntnisse verfügen sollten.

Das ist aber offenbar nicht der Fall. So lesen nur 20 Prozent der Befragten mehrmals pro Woche eine gedruckte Zeitung, 40 Prozent tun das so gut wie nie. Die Lehramtsstudierenden nennen als erste Quelle für politische Informationen soziale Medien. Daraus ergibt sich auch ein äußerst geringer Kenntnisstand der Befragten: „So kann weniger als die Hälfte der angehenden Lehrer die politische Linie von überregionalen Zeitungen korrekt einstufen, das heißt, sagen, ob FAZ oder taz eher konservativ oder links sind. Nur ein Drittel weiß, dass Journalisten in Deutschland keine offizielle Lizenz brauchen. Und 40 Prozent glauben, dass für einen Beitrag über ein Bundesministerium eine offizielle Genehmigung nötig ist. So wie es in Diktaturen üblich ist.“ (ZEIT Nr. 10/18, S. 35)

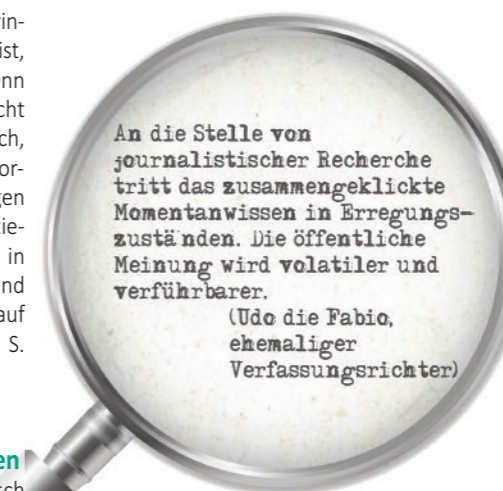
Auch wenn die Studie aufgrund der geringen Stichprobengröße nicht repräsentativ ist, so geben die Resultate doch zu denken. Denn „die befragten Pädagogen studieren nicht Sport, Physik oder Kunst, sondern Deutsch, Ethik, Geschichte und Politik. Zugespielt formuliert heißt dies: Diejenigen, die zukünftigen Generationen die Welt erklären sollen, beziehen ihre Informationen über diese Welt in großen Teilen aus dem, was Freunde und Bekannte ihnen über Facebook und Co. auf den Bildschirm spülen.“ (ZEIT Nr. 10/18, S. 35)

Konsequenzen für das Bildungswesen

Wenn politische Bildung in demokratisch verfassten Gesellschaften von zentraler Bedeutung ist, dann haben alle Sozialisationsinstanzen die Aufgabe, die für die Demokratie grundlegenden Dispositionen und Fähigkeiten zu fördern. Dabei spielt die Schule sicherlich eine Schlüsselrolle. Das heißt, dass die in der Schule tätigen Lehrkräfte selbst über fundierte Kenntnisse des politischen Systems verfügen müssten. Dieses Postulat gilt im besonderen Maße für die Lehrkräfte, die Gesellschaftswissenschaften unterrichten, aber auch Lehrkräfte aller anderen Fächer sollten über Schlüsselqualifikationen mündiger Bür-

ger_innen verfügen. Angesichts der Dresdner Studie ergibt sich offenbar schon in der ersten Lehrerbildungsphase diesbezüglich ein großer Bedarf. Neben Seminaren, die fachwissenschaftliche, methodisch-didaktische und kommunikative Kompetenzen vermitteln, sollten Lehramtsstudierende aller Fächer im Rahmen ihres Studiums auch Veranstaltungen zur politischen Bildung besuchen. Das Lehramtsstudium also mit noch mehr „Stoff“ verdichten – was Kritik und Klage der Studierenden provozieren wird. Um die inhaltliche Überfrachtung zu vermeiden und künftigen Bedarfen zu entsprechen, ist die Hochschuldidaktik weiterzuentwickeln und sind die Curricula der Lehramtsstudien zu reformieren. Das Prinzip des exemplarischen Lernens und die Fokussierung auf die Entwicklung von Schlüsselqualifikationen sollten diese Reform leiten, um die Stofffülle und Studienzeit zu begrenzen.

Da antidemokratische und rechtspopulistische Tendenzen europaweit auf dem Vormarsch sind, haben alle Bildungseinrichtungen den Auftrag, zur Entwicklung demokratischer Grundhaltungen beizutragen sowie über politische und gesellschaftliche Zusammenhänge aufzuklären. Schon in den Institutionen der frühkindlichen Bildung können Kinder erste Formen demokratischer Partizipation erfahren, die im weiteren Verlauf der schulischen Sozialisation auszubauen sind.



Aufgrund der weit verbreiteten digitalen Desinformation ergibt sich für die Schule aber auch eine neue Aufgabe, nämlich Medienbildung im Sinne von Nachrichtenkompetenz zu fördern. Bei dem aktuellen Hype um digitale Bildung, für die Kultusminister Milliarden investieren, gerät diese für die Demokratie fundamentale Kompetenz leicht ins Hintertreffen. Nachrichtenkompetenz meint die Fähigkeit, sich kompetent zu informieren und im Internet Wahrheit und Lüge zu unterscheiden. Die Lernangebote zur Entwicklung von Nach-

richtenkompetenz sollten verbindlich in den Lehrplänen verankert sein. Die Schüler_innen sollen systematisch lernen und erfahren, wie sie die Glaubwürdigkeit von neuen Nachrichten überprüfen können. Dass es zur Glaubwürdigkeitsprüfung z. B. notwendig ist, zwei unabhängige Quellen für die Nachricht zu kennen oder dass zu jeder Meinung auch Gegenmeinungen existieren.

Darüber hinaus sollten Schüler_innen lernen, Verantwortung für das zu tragen, was sie im Netz veröffentlichen. Dabei geht es nicht nur um Cybermobbing im speziellen, sondern auch darum, Aussagen über Sachverhalte nur dann ins Netz zu stellen, wenn deren Richtigkeit überprüft wurde. Wenn Schüler_innen Meinungen im Internet verbreiten, sollten sie sich gründlich überlegen, welche Wirkungen sie damit erzeugen. Denn der User ist im Internetzeitalter sowohl Empfänger als auch Produzent von Nachrichten. Jedes Teilen einer Botschaft ist selbst eine Nachricht, jedes Liken einer Stellungnahme ist selbst wieder eine Stellungnahme. Durch vielfältige Lernangebote aus ihrer (virtuellen) Lebenswelt können Schüler_innen Einsicht in dieses Strukturmerkmal der internetbasierten Kommunikation gewinnen.

10 Regeln zur Förderung der Nachrichtenkompetenz

Martin Spiewak stellt in seinem Artikel „Nachhilfe in Skepsis“ (ZEIT Nr. 10/18, S. 35ff) zehn einfach formulierte Faustregeln auf, die helfen sollen, Nachrichten und Äußerungen im Internet mit kritischer Rationalität zu betrachten und eigene Beiträge verantwortungsbewusst ins Netz zu stellen:

1. Du bist das Internet.

Alles, was du im Netz liest, schreibst und postest, fällt in deine Verantwortung.

2. Verlasse deine Filterblase.

Je umfassender du dich informierst, desto größer wird deine Autorität mitzureden.

3. Höre immer die andere Seite.

Nicht nur vor Gericht gilt: Zu jeder Meinung gibt es eine Gegenmeinung.

4. Prüfe die Quellen.

Eine seriöse Nachricht hat eine seriöse Herkunft. Und es ist deine Aufgabe, einzuschätzen, wie glaubwürdig der Absender ist, bevor du einer Nachricht Glauben schenkst.

5. Kontrolliere die Fakten.

Seriöse Nachrichten liefern korrekte Daten, Zitate oder Statistiken. Prüfe zumindest stichpunktartig, ob diese stimmen.

6. Leite nichts ungelesen weiter.

Teile keine Nachricht, von der du nicht sicher weißt, dass ihre Quelle seriös ist und die Fakten stimmen. Dasselbe gilt für jedes Like, das du setzt.

7. Korrigiere deine Fake-News.

Stellt sich heraus, dass du eine Falschnachricht verbreitet hast, solltest du jeden Empfänger darüber informieren.

8. Bleibe cool.

Vermeide auch im Netz Übertreibungen, Unterstellungen und persönliche Angriffe. Je sachlicher du argumentierst, desto größer ist deine Glaubwürdigkeit.

9. Zeige dich.

Anonymität ist in den meisten Fällen Schwäche – wer eine Meinung äußert, sollte sie mit seinem echten Namen bezeugen.

10. Nimm dir Zeit.

Lies jeden Post, jeden Tweet, jeden Kommentar noch einmal durch, bevor du ihn abschickst, und prüfe, ob du die oben genannten Grundsätze eingehalten hast.“ (ZEIT Nr. 10/18, S. 35)

Diese Regeln könnten mit Schülern_innen erarbeitet, eventuell modifiziert, erweitert und an vielen Beispielen erprobt werden. So kann Medienbildung die vielfältigen Möglichkeiten, die das Internet bei der Recherche von Informationen und beim Austausch von Meinungen bietet, nutzen und dazu beitragen, dass auch im digitalen Zeitalter kritische Rationalität und ethische Verantwortung gedeihen. Und beides ist notwendig, um eine an nicht nur an partikularen, sondern auch an universellen Interessen orientierte gut informierte Öffentlichkeit herzustellen, die die Grundlage aller Demokratien bildet. ■



Helmut Stoll

Literatur:
ZEIT Nr. 53/17
ZEIT Nr. 10/18
Russ-Mohl, S. (2017). Die informierte Gesellschaft und ihre Feinde. Warum die Digitalisierung unsere Demokratie gefährdet. Köln: Herbert von Halem Verlag
Welzer, H. (2016). Die smarte Diktatur. Der Angriff auf unsere Freiheit. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag

Bildung ist ein Menschenrecht. GEW

ANZEIGE



VERSICHERUNGSSCHUTZ
BIS 67 MÖGLICH!

Nutzen Sie unsere attraktiven Sonderkonditionen

Dienstunfähigkeitsversicherung
Berufsunfähigkeitsversicherung

Sicherheit für den Fall der Dienst- oder Berufsunfähigkeit ist wichtig! Denn dieses Risiko wird oft unterschätzt. Die HUK-COBURG bietet Ihnen Sonderkonditionen bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung. Damit sparen Sie über die gesamte Laufzeit bares Geld!

Sprechen Sie mit uns. Wir beraten Sie gerne auch persönlich vor Ort:

Geschäftsstelle Saarbrücken
Ralf Brem, ralf.brem@HUK-COBURG.de

GEW 2% Nachlass bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung für Mitglieder der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

Die GEW Saarland hat einen neuen Vorstand

Außerordentlicher Gewerkschaftstag der GEW Saarland am 17. Mai 2018

Es war ein schöner, sonniger Donnerstag. Auf dem hoch über Spiesen gelegenen Gelände des CFK der Lebenshilfe Neunkirchen strahlte schon am frühen Morgen ein wolkenloser blauer Himmel und „begrüßte“ die Delegierten zu einem langen Doppelsitzungstag: Landesausschuss und außerordentlicher Gewerkschaftstag.

Zwei Veranstaltungen am gleichen Ort am gleichen Tag. Warum das?

Ein Blick einige Monate zurück gibt die Erklärung. Im Oktober vergangenen Jahres hatte im Big Eppel in Eppelborn der ordentliche Gewerkschaftstag der GEW Saarland mit dem Ziel der turnusgemäßen Neuwahl des Geschäftsführenden Vorstandes der GEW Saarland stattgefunden. Damals war es nicht gelungen einen Geschäftsführenden Vorstand zu wählen. Wir hatten darüber in der EuWiS berichtet. Der Gewerkschaftstag war abgebrochen worden, mit der Vorgabe so bald als möglich einen außerordentlichen Gewerkschaftstag mit der Aufgabe der Vorstandswahl einzuberufen. In der Übergangsphase leitete der „alte“ Vorstand die Geschäfte kommissarisch weiter.

Die Verfahrensvorschrift zur Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftstages sieht vor, dass zunächst ein Landesausschuss einberufen werden muss. Dieser hat die Aufgabe den außerordentlichen Gewerkschaftstag zu beschließen und einzuberufen. Demzufolge waren am 17. Mai alle Delegierten des Landesausschusses und die Delegierten des Gewerkschaftstages eingeladen.

Pünktlich um neun Uhr begrüßte der bis dato kommissarisch amtierende Stellvertretende Vorsitzende Andreas Sánchez Haselberger die anwesenden Delegierten. Anschließend konstituierte sich der Landesausschuss in seinen versammlungsleitenden Gremien. Für das Präsidium waren Brigitte Bock, Alois Bambach und Gerhard Graf vorgeschlagen und wurden gewählt. Die Aufgaben der Mandatsprüfungs- und Zählkommission übernahmen Waltraud Boes, Harald Ulrich und Werner Braun.

Der Landesausschuss hatte laut Tagesordnung den Auftrag den außerordentlichen

Gewerkschaftstag einzuberufen, was er dann auch in offener Abstimmung einstimmig beschloss. Und so konnte das Präsidium nach etwa 20 Minuten Tagungszeit den Landesausschuss beenden und den außerordentlichen Gewerkschaftstag eröffnen.

In seiner zweiten Eröffnungsrede an diesem Tag begrüßte Andreas Sánchez Haselberger die Delegierten und stimmte sie auf die anstehende Neuwahl des Geschäftsführenden Vorstandes ein. Er betonte insbesondere den Umstand, dass zum ersten Mal eine Wahl anstand, bei der zu fast allen Positionen Mehrfachkandidaturen vorlagen.

Die Stellvertretende Vorsitzende der GEW Saarland Birgit Jenni, nahm anschließend Ge-

legenheit die Delegierten auf die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Gewerkschaftsarbeit im Allgemeinen und die besondere Verpflichtung der GEW für ihre Mitglieder und die Bildungspolitik im Besonderen hinzuweisen. „Gewerkschaften sind heute notwendiger denn je. Sie haben Schutz- und Gestaltungsfunktion!“ Birgit berichtete mit Stolz, dass die GEW Saarland in den zurückliegenden Monaten und Jahren einen deutlichen Mitgliederzuwachs verzeichnen konnte. Dieser resultiere nicht zuletzt aus den ausgesprochen erfolgreichen Streiks im Organisationsbereich Sozialpädagogische Berufen und Jugendhilfe. Hier hat die GEW eine Vielzahl neuer, junger Mitglieder gewonnen, die mit viel Engagement und Einsatzbereitschaft die GEW weiter stärken.



Das neu gewählte Vorstandsteam, v.l.n.r.: stellv. Vorsitzende Anna Haßdenteufel, Vorsitzende Birgit Jenni, stellv. Vorsitzender Max Hewer





Der erweiterte Geschäftsführende Vorstand, v.l.n.r.: Andreas Sánchez Haselberger, Uschi Warm, Patrik Zeimetz, Christel Pohl, Nadine Berwanger-Alt

Im Bereich der Lehrberufe fallen, so Birgit Jenni, in den kommenden Jahren wichtige Aufgaben an, in denen die GEW stets präsent und stark auftreten muss. Digitalisierung, Lehrer_innengesundheit, Datenschutz, Inklusion,

A13 für alle Lehrer_innen und viele weitere Themen beschreiben den Aufgabenkatalog, dem sich der neu zu wählende Vorstand zu stellen hat.

Bevor es zu den Wahlen kommen konnte, waren die Delegierten noch zur Abstimmung über einen satzungändernden Antrag aufgerufen. Geschuldet der Tatsache, dass in den zurückliegenden Jahren immer mehr Aufgaben bewältigt werden mussten, ist für den neuen Geschäftsführenden Vorstand eine personelle Erweiterung vorgesehen. Um auch in Zukunft effektiv und effizient arbeiten zu können, sollen künftig zwei zusätzliche Mitglieder im Leitungsgremium mitarbeiten. Diesem Vorhaben stimmten die Delegierten mit großer Mehrheit zu und so konnte diese Satzungsänderung Grundlage für die Wahl des neuen geschäftsführenden Vorstandes sein.

Der neue Geschäftsführende Vorstand setzt sich wie folgt zusammen. Zur Vorsitzenden der GEW Saarland wurde mit großer Mehrheit die bisherige Stellvertretende Vorsitzende Birgit Jenni gewählt. Neue Stellvertretende Vorsitzende sind Max Hewer und Anna Haßdenteufel. Für den Arbeitsbereich

Finanzen wurde Thomas Lück gewählt. Und es wirken ebenfalls im neuen Vorstand mit: Andreas Sánchez Haselberger, Christel Pohl, Patrik Zeimetz, Nadine Berwanger-Alt und Uschi Warm.

Nun standen noch die Wahlen des Redaktionsteams der EuWiS und der Landesschiedskommission an. Zum EuWiS-Team gehören: Judith Frankhäuser-Kandler, Anna Haßdenteufel, Matthias Römer, Helmut Bieg und Helmut Stoll. Die Mitglieder der Landesschiedskommission sind Helma Wagner, Günther Kraus und Gerhard Graf.

Im weiteren Ablauf des Gewerkschaftstages wurden noch einige Anträge beschlossen, die sich mit den Themen Inklusion, Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung, Qualitätssteigerung der Erzieher_innenausbildung, Grundschullehrer_innenmangel u.a. befassen. Letztendlich konnte aus Zeitgründen nicht alles bearbeitet werden und so wurden die nicht behandelten Anträge in den Landesvorstand überwiesen.

Über den gesamten Gewerkschaftstag hinweg konnte das Präsidium immer wieder Gäste aus der Politik – Christine Streichert-Clivot (Staatssekretärin im Bildungsministerium), Barbara Spaniol (Linke) – und der Gewerkschaft – Thorsten Schmidt (DGB), Ralf Porzel (GdP) und Thomas Müller (ver.di) – begrüßen.

Um 16.00 Uhr endete der außerordentliche Gewerkschaftstag. Die neue Vorsitzende Birgit Jenni, bedankte sich bei allen Delegierten, den Mitarbeiter_innen der Geschäftsstelle, den ausgeschiedenen Mitgliedern des bisherigen Geschäftsführenden Vorstandes und allen, die mit dazu beigetragen haben, den Gewerkschaftstag vorzubereiten und durchzuführen. Ein Dank ging auch an das CFK für die köstliche Bewirtung und das freundlich gestaltete Ambiente. ■



Joachim Fegert

Fotos: Matthias Römer

Infos aus der Senior_innenarbeit

Der Landessenioren_innenausschuss (LSA) ist die Personengruppe in unserer saarländischen GEW, die die Interessen unserer Mitglieder im Ruhestand vertritt. Wir sind in unserem Landesvorstand mit Sitz und Stimme und auch im Bundessenioren_innenausschuss (BSA) vertreten.

Unsere Gruppe wächst stetig, auch weil wir im Saarland nur ganz wenige Austritte haben von Mitgliedern, die in den Ruhestand gehen. Es ist erfreulich, dass das „drin bleiben“ als Solidaritätsbekundung den aktiven Kolleg_innen gegenüber, die „dran bleiben“, unseren Senior_innen sehr wichtig ist. In der heutigen, zunehmend von Entsolidarisierung geprägten Zeit, in der Gewerkschaften an Einfluss zu verlieren drohen, ist das keine Selbstverständlichkeit mehr. Es ist Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit dieser „Aktiven“, die letztlich auch für unsere Renten und Pensionen einiges an „Kohle aus dem Feuer“ holen, dass wir als Mitglieder im Ruhestand u.a. durch unsere Beiträge mithelfen, eine starke GEW zu stellen.

Da unsere Gruppe größer wird, haben wir unseren LSA auch größer werden lassen. Fast alle Kreisverbände sind nun mit zwei Vertreter_innen repräsentiert und der Vorstand besteht seit Mai aus einem Dreier-Team. Helma Wagner ist unsere Vertreterin im BSA, Brigitte Bock vertritt uns im Landesvorstand und Harald Ley ist zuständig für Organisation und Koordination der Arbeit im LSA. Das Vorstandsteam tagt mindestens einmal im Quartal, der LSA in der Regel zweimal im Jahr. Natürlich sind wir immer offen und dankbar für Wünsche und Anregungen eurerseits, was unsere Arbeit betrifft.

Wie jedes Jahr wird es auch 2018 einen Landessenioren_innentag geben. Geplant ist



Der neue LSA-Vorstand v.l.n.r.: Brigitte Bock, Harald Ley, Helma Wagner

eine Trier-Fahrt Anfang September, natürlich mit dem Schwerpunkt „Karl Marx“. Ablauf und Termin werden euch mit separater Einladung zugehen. Außerdem wollen wir im Herbst eine Informationsveranstaltung zum Projekt „mobisaar“ anbieten, insbesondere für unse-

re Mitglieder aus den Landkreisen, in denen das „mobisaar“ Angebot bereits eingerichtet ist. ■

Harald Ley

Foto: Matthias Römer

Auf den Spuren von Karl Marx

Der Kreisverband Merzig-Wadern der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hatte zu seinem jährlichen Bildungsseminar geladen, diesmal wieder in Trier. Zum 200sten Geburtstag des berühmtesten Sohnes der Stadt wollten wir GEW'ler uns zwei Tage lang intensiv mit seinem Leben und Werk auseinandersetzen, schließlich gäbe es ohne ihn wohl keine Gewerkschaften und eine Gesellschaft wie die unsere. Oft totgeschwiegen oder gar geschmäht, hat sich in diesem Jahr

nun wenigstens seine Geburtsstadt Trier besonnen und dem größten Universalgelehrten und Denker des 19. Jahrhunderts die Aufmerksamkeit und Anerkennung zu teil werden lassen, die ihm gebührt.

Und so folgten nun 20 interessierte Saarländer_innen den Spuren von "Karl Marx in den Gassen Triers", einer exzellenten Führung durch das Karl-Marx-Haus und als absolutem Höhepunkt dem Rundgang mit einem überaus

launigen wie auch sachkundigen Trierer Nachtwächter, der zu später Stunde in die Welt um die Mitte des 19. Jahrhunderts eintauchte, uns am täglichen Leben des Karl teilhaben ließ und so seine Botschaft nachhaltig verständlich machte. Marx und Engels wollten die damaligen gesellschaftlichen Verhältnisse verändern, wollten Freiheit und Gerechtigkeit durch eine Revolution erzwingen. Doch so etwas war und ist mit Deutschen nicht zu machen!



Wenn sich unsere Gewerkschaft "Bildung für alle" auf die Fahne geschrieben hat, so ist doch jedem klar, dass dies gegen die Widerstände der Konservativen und ewig Gestrigen in diesem Land ein langwieriger und mühsamer Prozess ist. Die Bedingungen zu verändern, unter denen Bildung für alle möglich sein wird, ist nur machbar in denkbar kleinen

Schritten, mit viel Kreativität, politischem Geschick - und mehr Geld. Richtete sich zu meiner Zeit als Junglehrer noch die Sitzordnung in den Klassenräumen nach den Vorgaben von Reinigungskräften, so hat sich das inzwischen immerhin auch schon geändert. Wir werden die Utopien eines Marx oder Jesus wohl immer nur als fernes Ziel im Auge behalten dür-

fen, als Gewerkschaft aber unverdrossen und beharrlich weiter an der Umsetzung arbeiten müssen. ■

Klaus Maringer

Foto: Klaus Maringer

Änderungstarifvertrag mit der Arbeiterwohlfahrt Saarland

Unter Dach und Fach

Nach Verhandlungen, die sich insgesamt über 2 Jahre erstreckten, ist nun die Tarifeinigung mit der Arbeiterwohlfahrt vom 13.09.2017 in Form eines Änderungstarifvertrages im April 2018 unterzeichnet worden.

Die Tarifparteien, auf der einen Seite der Arbeitgeberverband der Arbeiterwohlfahrt Deutschland e.V. – handelnd für die Arbeiterwohlfahrt Saarland –, und auf der anderen Seite der ver.di Landesbezirk Rheinland-Pfalz Saarland und der Landesverband Saarland der GEW haben damit den bestehenden Tarifvertrag an die tarifliche Entwicklung in anderen Bereichen - insbesondere im Sozial- und Erziehungsdienst angepasst.

Das Ergebnis bringt für viele Beschäftigte materielle Verbesserungen – und für die GEW ganz wichtig – die Übertragung der Eingruppierung im Sozial- und Erziehungsdienst der

kommunalen Arbeitgeber auf die Arbeiterwohlfahrt. Im Einzelnen sieht die Regelung für den Sozial- und Erziehungsdienst folgendes vor:

Sozial- und Erziehungsdienst

Mit Wirkung zum 1. März 2017 wurden die Entgeltordnung und die Entgelttabellen für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst neu gefasst. In Anlehnung an die zum 01.03.2017 gültige Tabelle des SuE TVöD wurden zum 01.03.2017 neue SuE-Tabellen bei der Arbeiterwohlfahrt eingeführt. Um die Beschäftigten der Arbeiterwohlfahrt in den neuen Tabellen und den neuen Eingruppierungen zuzuordnen, wurden folgende Überleitungsregelungen vereinbart:

■ Die Eingruppierung in die neue Entgeltordnung wird nach den ausgeübten Tätigkeiten unter Berücksichtigung der Ausbildung vorgenommen.

■ Die Überleitung in die Tabelle wird wie folgt vorgenommen: Zunächst wird ein Vergleichsentgelt gebildet, das sich aus dem bisherigen Tabellenentgelt (bzw. auch Zwischen- oder Endstufe), einem Garantiebtrag (falls zustehend) und einer Besitzstandzulage (falls zustehend) zusammensetzt.

Zum Zwecke der Stufenbestimmung wird dieses Vergleichsentgelt dann um 25,- € pro Vollzeitkraft erhöht. Mit diesem Vergleichsentgelt erfolgt dann die Zuordnung in die zukünftige Stufe der SuE-Entgeltgruppe. Die Differenz zu der entsprechenden Stufe in der neuen Entgelttabelle wird in einem 1. Schritt um 60 % ausgeglichen und führt zu einer neuen individuellen Zwischenstufe.

Liegt die neue individuelle Zwischenstufe unterhalb der Stufe 1 der neuen Tabelle, erfolgt eine Zuordnung zu Stufe 1 der Tabelle.

Die Tarifvertragsparteien einigen sich zum besseren Verständnis und zur Umsetzung dieser Überleitungsregelungen auf folgende Überleitungsbeispiele:

		Mitarbeiter 1	Mitarbeiter 2	Mitarbeiter 3
I	Erzieher_in, aktuelles Vergleichsentgelt Stand 01.03.2018	2.415,85 €	2.750,00 €	3.575,00 €
	+ Erhöhung bei Überleitung eines Vollzeitmitarbeiters	25,00 €	25,00 €	25,00 €
II	= Fiktives Vergleichsentgelt ausschließlich für die Stufenzuordnung in fiktive indiv. Zwischenstufe	2.440,85 €	2.775,00 €	3.600,00 €
III	Ermittlung der Differenz zwischen aktuellem Vergleichsentgelt und der nächst höheren Regulären Stufe des fiktiven Vergleichsentgelts			
	Nächst höhere reguläre Stufe des fiktiven Vergleichsentgelts S 8a Stufe 1	2.578,24 €	2.578,24 €	2.578,24 €
	Nächst höhere reguläre Stufe des fiktiven Vergleichsentgelts S 8a Stufe 2	2.829,77 €	2.829,77 €	2.829,77 €
	S 8a Stufe 3	3.028,90 €	3.028,90 €	3.028,90 €
	Nächst höhere reguläre Stufe des fiktiven Vergleichsentgelts S 8a Stufe 6			3.592,24 €
IV= III- I	Die Differenz, die es zu schließen gilt, beträgt (mindestens 25 € und mindestens Stufe 1)	162,39 €	79,77 €	25,00 €
	Die Differenz soll in einem ersten Schritt in einer Höhe von 60 % geschlossen werden.		60 %	60 %
	Aktuelles Vergleichsentgelt	2.415,85 €	2.750,00 €	3.575,00 €
	plus Erhöhung 1. Schritt	162,39 €	47,86 €	15,00 €
	Neue individuelle Zwischenstufe bzw. individuelle Endstufe nach Überleitung	2.578,24 €	2.797,86 €	3.590,00 €

Die Stufenlaufzeit in der Stufe 1 beginnt dann ab dem Zeitpunkt zu der die übrigen Beschäftigten der regulären Stufe der Tabelle zugeordnet werden. Liegt das ermittelte Vergleichsentgelt oberhalb der Endstufe der neuen S-Gruppe wird das Vergleichsentgelt einer Vollzeitkraft um 15,00 € erhöht (ca. 60% von 25 €). Der die Stufe übersteigende Teil wird als Besitzstand weitergezahlt. Höhergruppierungen werden komplett auf den Besitzstand angerechnet, Entgelterhöhungen werden auf den Besitzstand zu 50 % angerechnet.

Neueinstellungen erfolgen zunächst in der Stufe 1. Die Stufenlaufzeit beginnt mit dem Zeitpunkt zu dem die übrigen Beschäftigten der regulären Stufe zugeordnet werden. Diese Regelungen gelten für Beschäftigte in den Bereichen VIB - Verbund für Inklusion und Bildung (Wohnen, Werkstätten, AFI und Frühförderung) und SPN - Sozialpädagogisches Netzwerk (Hilfen zu Erziehung und Kindertagesstätten). Beschäftigte in projektfinanzierte Einrichtungen sind davon nicht betroffen. Dort sind Verbesserungen nur dann möglich, wenn die Finanzierungsträger entsprechende Bewilligungen vornehmen. Gewerkschaften und Arbeiterwohlfahrt werden sich dafür einsetzen, in Zukunft verbesserte Finanzierungszusagen zu erhalten. Die Arbeitszeit der Beschäftigten, die in die neue S-Tabelle übergeleitet werden, beträgt ab dem 01.01.2018 39 Std./Woche. Aufgrund der neuen Arbeitszeitregelungen entfallen für diese Beschäftigten ab dem 01.01.2018 die Ehrenamtstage. Die allgemeine Tabelle wurde zum 01.07.2017 um

2,4 % erhöht, ebenso die Entgelte der Praktikant_innen und Auszubildenden.

Mittlerweile sind auch die Verhandlungen für den 2. Schritt der Überleitung abgeschlossen worden. Am 12. März 2018 haben die Tarifparteien vereinbart, die Zuordnung der Beschäftigten zu der nächst höheren regulären Entgeltstufe wie folgt vorzunehmen: Im Bereich Sozialpädagogische Netzwerk (SPN) zum 01.04.2018, im Verbund für Inklusion und Bildung (BIB) zum 01.08.2018.

Als Ausgleich für die ab dem 01.08.2018 geänderte Arbeitszeitregelung wurden jeweils Arbeitszeitgutschriften vereinbart: im SPN – 6,5 Stunden/Vollzeit, im VIB 15 Stunden/Vollzeit. Die Laufzeit in den neuen Stufen beginnt für alle Beschäftigte am 01.06.2018. Damit ist die Überleitung in die SuE Tabelle des TVöD (Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes) abgeschlossen.

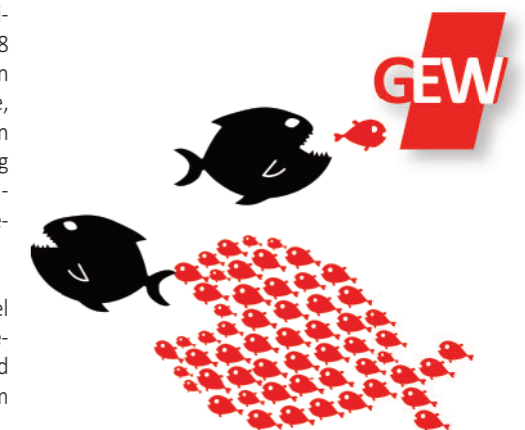
Für Beschäftigte, denen in der Zeit zwischen dem 01.03.2017 und dem 30.06.2018 noch ein Bewährungsaufstieg nach der alten Eingruppierungsordnung zugestanden hätte, wurde eine Übergangsregelung vereinbart. In einzelnen Fällen bei denen die Überleitung kurz vor einem Stufenaufstieg stattfinden sollte, wurden ebenfalls Härtefallregelungen getroffen.

Mit dieser Tarifeinigung ist das Kapitel Überleitung allerdings noch nicht ganz abgeschlossen. In einzelnen Entgeltgruppen sind die Stufenlaufzeiten gegenüber dem SuE im

TVöD länger; diese anzugleichen wird Gegenstand der nächsten Verhandlungsrunden sein. Da nach den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst im April dieses Jahres neue Entgelttabellen vereinbart wurden, ist es nun Aufgabe der Gewerkschaften, die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beschäftigten der Arbeiterwohlfahrt zu verhandeln. ■



Willi Schirra





In den Sommermonaten bietet die Volkshochschule Regionalverband Saarbrücken wieder ein abwechslungsreiches Programm an. Wer gerne gemeinsam mit anderen in angenehmer Atmosphäre lernt und auch mal etwas Neues ausprobieren möchte – für den ist unser Sommerprogramm bestens geeignet.

ANZEIGE

Sommerprogramm der VHS Saarbrücken

Neben zahlreichen Kultur- und Einzelveranstaltungen haben sind interessante Vorträge und Studienreisen im Programm. Die Jubiläumsjahre von Karl Marx und Ingmar Bergmann spiegeln sich in einer Exkursion nach Trier und in einer Film- und Vortragsreihe im Kino achteinhalb wider. Der beliebte Klassiker im Sommer, die Sprachkurse im Alten Rathaus, werden in diesem Jahr ergänzt durch einen innovativen Englischkurs, bei dem auch Sherlock-Holmes-Fans auf ihre Kosten kommen werden.

Im Programm findet man ebenfalls Kurse zu den Themen Computer, Beruf und Bildbearbeitung. Vielleicht reizt auch eine alternative Stadtführung durch unsere Landeshauptstadt – so lernen Sie Saarbrücken auch einmal aus anderen Perspektiven kennen.

Auch für Kinder und Jugendliche gibt es ein buntes und vielfältiges Programm. Mit dabei

ist eine selbst gedrehte Radioshow, eine Comic-Story mit Fotos und eine Kurswoche zur Digitalfotografie. Für alle, die sich gerne bewegen, gibt es Outdoor-Angebote, Geocaching, Hip-Hop und Streetdance, und zum Entspannen wurden in diesem Sommer auch Yoga-Kurse speziell für Kinder und Teens ins Programm aufgenommen. Mit dabei sind auch Sprachkurse, bei denen man Französisch und Englisch verbessern und auffrischen kann. Für Surf-Begeisterte gibt es einen Kurs zu relevanten Sicherheitsaspekten bei Snapchat und Instagram. Technikbegeisterte kommen in unserer Kurswoche „Young nerds@vhs“ auf ihre Kosten. Und wer in Zukunft bei Referaten und Hausaufgaben alle 10 Finger rund gehen lassen möchte, für den gibt es unseren beliebten Kurs-Klassiker „Computerschreiben für Teens“.

Matthias Römer

Saarländisches Bündnis gegen Depression

Das Saarländische Bündnis gegen Depression verfolgt das Ziel, die Lebens- und Behandlungssituation depressiv erkrankter Menschen zu verbessern. Bundesweit haben sich bereits mehr als 70 Städte und Kommunen dem Deutschen Bündnis gegen Depression angeschlossen.

2009 ist das Bündnis als Projekt der Landesvereinigung SELBSTHILFE e.V. in Kooperation mit dem Ministerium für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales, der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe im Saarland (KISS) entstanden. Der Initiativkreis des Saarländischen Bündnisses gegen Depression ist das Steuerungsgremium, in dem Beschlüsse gefasst, Aktivitäten geplant und Projekte auf den Weg gebracht werden. Im Initiativkreis engagieren sich Vertreter von Selbsthilfegruppen, Kliniken, Krankenkassen, der Ärztekammer, der Psychotherapeutenkammer, der Telefonseelsorge und der Arbeitskammer des Saarlandes.

Allein in Deutschland leiden rund 5,3 Millionen Menschen an einer Depression. Bei Frauen wird die Diagnose doppelt so häufig gestellt wie bei Männern. Obwohl Depression eine sehr häufige Erkrankung ist, wird sie in der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen und oft missverstanden. Depression kann – wie Diabetes oder Bluthochdruck – jeden treffen: Menschen aller Altersgruppen, Berufe und sozialer Lagen, Männer, Frauen und auch Kinder. Depression ist eine Erkrankung und kein Ausdruck persönlichen Versagens. Oft bricht die Depression in einen bis dahin gut funktionierenden Alltag ein, sie kann sich aber auch allmählich einschleichen. Nicht immer ist sie einfach von einer alltäglichen Verstimmung oder einer Lebenskrise zu unterscheiden. Oft denken Betroffene und behandelnde Ärztinnen und Ärzte zunächst an eine körperliche Erkrankung. Bei genauem Nachfragen ist jedoch fast immer eine sichere Diagnose möglich. Diese ist sehr wichtig, da Depressionen meist erfolgreich behandelt werden können. Wird die Depression nicht erkannt, führt dies zu unnötigem Leiden, zur Gefährdung der Betroffenen und im schlimmsten Fall zur Selbsttötung.

Vielältige Krankheitsursachen

Einer Depression kann ein Auslöser vorausgehen: beispielsweise eine besondere Belastung, etwa der Verlust einer geliebten Person oder eine anhaltende Überforderung. Oder aber auch eine zunächst positive Veränderung



Unter dem Dach der Stiftung Deutsche Depressionshilfe

wie ein Umzug oder die Geburt eines Kindes. Sie kann aber auch ohne erkennbaren Auslöser auftreten. Manche Menschen erleben nur eine einzige, über Wochen oder Monate andauernde depressive Phase in ihrem Leben, bei der Mehrzahl kehrt die Depression wieder.

Nicht alle, die an einer Depression erkranken, leiden unter denselben Krankheitszeichen. Bei manchen Menschen überwiegen der fehlende Antrieb und Schwung, bei anderen eine rastlose innere Unruhe. Oft kommt es zu Schlafstörungen und vielfältigen körperlichen Beschwerden. Neben ausgeprägter Freud- und Gefühllosigkeit mit innerer Leere kommt es häufig zu Konzentrationsstörungen und auch zu Angst. Der Schweregrad ist unterschiedlich, von leichter Depression bis hin zu schweren Depressionen mit völligem Erliegen des normalen Alltags.

Depressionen können mit großem Erfolg behandelt werden

Dank medikamentöser und psychotherapeutischer Therapie stehen wirksame Behandlungsmethoden zur Verfügung. Leider erhalten nicht alle Betroffenen die für sie hilfreiche Therapie. Das kann verschiedene Gründe haben: so werden beispielsweise nicht alle Depressionen als solche erkannt oder Betroffene holen sich aus Angst oder Scham keine professionelle Hilfe. Psychotherapie und Selbsthilfe sind wichtig! In einer Psychotherapie erwerben die Patientinnen und Patienten Strategien, die einen anderen Umgang mit den eigenen Problemen ermöglichen. Auch spielen beispielsweise die Planung angenehmer Aktivitäten und das Durchbrechen von negativen Grübeleien eine wichtige Rolle. Psychotherapie hilft auch, Rückfälle zu verhindern. Auch die Teilnahme an einer Selbsthilfegruppe kann hilfreich sein, genauso wie die

Unterstützung durch verständnisvolle Angehörige. Darüber hinaus können Antidepressiva helfen. Aus der Forschung weiß man, dass bei einer Depression Störungen im Stoffwechsel des Gehirns auftreten. Vereinfacht erklärt werden positive Gefühlssignale vermindert und negative durch die Stoffwechselstörung verstärkt. Genau hier setzen antidepressive Medikamente an und gleichen den veränderten Stoffwechsel aus. Die depressiven Symptome lassen nach. Antidepressiva machen weder abhängig, noch verändern sie die Persönlichkeit. Um einen Rückfall zu vermeiden, ist meist eine regelmäßige und länger andauernde Therapie notwendig.

Frank Lessel

Das Saarländische Bündnis gegen Depression bietet für Betroffenen und Angehörige ein kostenloses persönliches oder telefonisches Orientierungsgespräch ohne lange Wartezeiten an. Ein Termin kann unter folgender Telefonnummer und Mailadresse vereinbart werden.

Kontakt:

Saarländisches Bündnis gegen Depression

Futterstraße 27
66111 Saarbrücken

Telefon: 0681 4031067

E-Mail:
kontakt@depression-saarland.de

www.depression-saarland.de

www.europathek.de

Die EUROPATHEK – das digitale Regal für Medien

Neben **digitalen Büchern** bietet Ihnen unser neues Medienregal weitere **digitale Medien und Zusatzinhalte**, die das Lernen und den Unterricht bereichern.

Die Inhalte des Medienregals sind **online** mit aktuellen Browsern **betriebssystem- und geräteübergreifend** nutzbar.

Die Offline-Nutzung ist mithilfe von Software-Versionen und Apps möglich.

Digitale Bücher sind erhältlich als günstige **1-Jahres-Lizenz** oder **unbefristet** zum Preis der gedruckten Ausgabe. Die Lizenzen können über www.europa-lehrmittel.de bezogen werden.

Mengenrabatte (z. B. als Klassensatz) bieten wir auf Anfrage gerne an.



CATARINA KATZER

Leben im Netz:
Wie das Internet
uns ver@ndert

**CYBER
PSYCHO
LOGIE**



Die Einführung des iPhones als mobiler Taschencomputer im Jahr 2007 löste durch den quasi permanent mitgeführten Internetzugang einen revolutionären Wandel in der Mediennutzung und generell im Kommunikationsverhalten aus. Die politisch-kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung dieser Entwicklung wird zu Recht mit der Erfindung des Buchdrucks gleichgesetzt; die wissenschaftliche Erforschung der längerfristigen Auswirkungen dieser "digitalen Moderne" steckt wegen ihrer unglaublichen Rasanz noch in den Kinderschuhen. Die Sozialpsychologin und anerkannte Cyberspezialistin Catarina Katzer hat in einem Band den äußerst gelungenen Versuch unternommen, anhand bisheriger wissenschaftlicher Erkenntnisse den Zusammenhang von Netzwelt und Psyche des Menschen zu erklären.

Catarina Katzer hat nach dem Studium der Volkswirtschaft, Soziologie und Sozialpsychologie promoviert; ihre Schwerpunktthemen sind Cyberpsychologie und Medienethik. Sie arbeitet als Expertin u.a. für Kommissionen des Europarates, des Deutschen Bundestages sowie für Regierungsinstitutionen im In- und Ausland und lebt in Köln. Sie ist Vorstandsvorsitzende des "Bündnis gegen Cybermobbing e.V." und Beraterin des "Committee on Culture, Science, Education & Media des Council of Europe" in Straßburg; sie begleitet wissenschaftlich Film-Projekte zu Cybermobbing und entwickelte gemeinsam mit dem Schulministerium NRW das Konzept für die "Landespräventionsstelle gegen Gewalt und Cybergewalt an Schulen".

Der Band ist übersichtlich und klar geglie-

Cyberpsychologie

Leben im Netz: Wie das Internet uns ver@ndert

dert. Nach einer knappen Einleitung folgen vier Kapitel mit den folgenden Themen: Das Internet als neues Koordinatensystem für unser Handeln – Was online mit unseren Gefühlen, unserem Denken und unserem Verhalten passiert – Das Internet als virtuelle Bühne – Wege aus der Netz Falle. Im Anhang finden wir ausführliche Anmerkungen und ein Literaturverzeichnis.

Das psychologisch Besondere an der Internetwelt, der Aspekt der Anonymität und der physischen Abwesenheit beeinflusst die Wahrnehmung und das Verhalten der Menschen ganz entscheidend, so die Hauptthese der Autorin: "Dadurch, dass wir uns auf einer virtuellen Bühne bewegen, ohne physisch real agieren zu müssen, entsteht ein völlig neues Verhältnis zum eigenen Handeln. Um zu verhindern, dass wir zu oft in Netzfallen geraten, müssen wir uns selbst bewusst machen, wie sich der ständige Perspektivwechsel zwischen realem Alltag und virtuellem Lebensraum auf Identität, Emotionen und Verhalten auswirkt" (S. 11).

Durch wachsende Vielfalt und Masse beim Grad der Interaktivität, durch Schnelligkeit des Perspektivenwechsels und physische Anonymität und Abwesenheit verändert sich Raumwahrnehmung und Zeitempfinden, so dass die Gefahr einer Vermischung der verschiedenen realen und digitalen Erlebnisräume entstehe. Das Ziel ihres Bandes beschreibt die Autorin wie folgt: "Anhand netzpsychologischer Überlegungen möchte ich aufzeigen, was unser Gehirn online auf eine falsche Fährte führen, uns schaden und sogar krank machen kann; gleichzeitig aber auch Wege andeuten, die uns zu kompetenten Cybernauten werden lassen" (S. 11).

Catarina Katzer will auch dazu beitragen, einen "virtuellen Kant des digitalen Zeitalters" (S. 313) zu entdecken, also Bausteine für eine neue digitale Medienethik entwickeln; diese solle als Instrument und Regelwerk nicht nur bei den Usern ansetzen, sondern auch bei den Medienunternehmen und bei den Providern und darüber eine kritische Medienöffentlichkeit herstellen. In dem Band geht sie anhand der aktuellen Forschungsergebnisse der Frage nach, welche Auswirkungen das Internet auf die menschliche Psyche hat, welche Nutzen, aber auch Gefahren von diesen ausgehen können. Neben den individuellen und gesellschaftlichen Veränderungen durch die vielfältigen Möglichkeiten der neuen Kommunika-

tionstechnologien wie Internet, Smartphone und Co. werden insbesondere auch die vielfältigen Formen und Ursachen von Aggression, Gewalt und Kriminalität in der virtuellen Internetwelt untersucht.

Der virtuelle Raum des Cyberspace gaukele uns wegen der Anonymität und der fehlenden physischen Sichtbarkeit der Interaktionspartner (auch Opfer sind nicht sichtbar) eine Illusion von Privatheit vor; dies mache uns anfällig für eine "gewisse Netz-Naivität" (z.B. im Umgang mit der eigenen Privatsphäre) und damit auch für beleidigende und kriminelle Cyberattacken (u.a. Shitstorm, Mobbing, Stalking, Datenklau). Die Forschungsergebnisse kommen insgesamt zu folgendem Ergebnis: "Die Mehrheit der Menschen handelt im Netz genauso wie im realen Leben. Der Mobber bleibt ein Mobber, der Pädosexuelle bleibt pädosexuell [...]. Wenn wir allerdings eine dunkle Seite haben, dann macht es das Internet leicht, sie auszuleben ... Die fehlende Sichtbarkeit der echten Reaktionen und Emotionen führt zu einer geringeren Fähigkeit, Empathie und Mitgefühl zu spüren. Auch muss eine Reaktion ja nicht sofort erfolgen. Dadurch entsteht beim Täter eine gewisse Distanz zum Online-Geschehen. Und auch dies fördert eine emotionale Abstumpfung und Desensibilisierung [...]. Auch weisen erste Forschungen darauf hin, dass die zunehmende Gewalt in den Online-Medien für das Leid anderer gleichgültiger machen kann" (S. 99).

Die personale und soziale Identität eines Menschen sei in seinem Leben keineswegs stabil festgelegt, sondern befinde sich in einem ständigen, lebenslangen Veränderungsprozess, wobei das soziale und gesellschaftlich-politische Umfeld eine entscheidende Rolle spiele. Durch das Internet habe sich – so der aktuelle Stand der Forschung – unsere Identitätsbildung stark und radikal verändert: "Wir bewegen uns heute in zwei gleichwertigen nebeneinander existierenden Lebensräumen, in unserer Offline- und unserer Online-Welt. Dadurch beeinflusst natürlich auch der Cyberspace den Prozess unserer Identitätsentwicklung" (S. 203).

Die so entstandene Patchwork-Identität könne durch das Hin-und-her-Switchen zwischen Online- und Offline-Identitäten zu Konflikten mit unserm Selbstbild führen: "Das Netz ermöglicht uns zum ersten Mal das Erschaffen von Identitäten außerhalb unseres realen Umfeldes – in virtuellen Räumen. Und

diese Identitäten sind 'echt', denn wir selbst füllen sie mit Leben [...]. Als Referenzpunkte für unsere Meinungen, Einstellungen, Beurteilungen oder konkretes Verhalten ziehen wir eben nicht mehr nur unser reales Umfeld in Schule oder Familie zurate. Vor allem bei der Frage, wer bin ich und wer will ich sein, was ist richtig und was ist falsch, orientieren wir uns immer stärker an Personen, den Peers, die wir im Netz treffen und mit denen wir connected sind" (S. 206f.).

Dadurch werde der Kreis des Bezugssystems für die Bildung unserer Identität erweitert, was sich insbesondere auf die junge Generation auswirke, die z.B. mit Facebook, WhatsApp und Co sozialisiert werde. Auch die menschlich ureigenen voyeuristischen Neigungen würden im Cyberspace reichlich befriedigt, wenn nicht funktionalisiert oder missbraucht; Zuschauen sei über das Internet zu einem Gemeinschaftserlebnis geworden: "Journalisten werden gefoltert, und es wird gefragt: Bist du auch dabei gewesen? [...] Durch die globale Verbreitung über ein Millionenpublikum werden Authentizität und Glaubhaftigkeit erzeugt, die wir gar nicht überprüfen können. Sie beeindruckt uns, macht uns dadurch auch zu leichtgläubig und lässt völlig falsche Bilder und Annahmen unserer Wirklichkeit entstehen [...] Die Welt nur durch fremdes Bildmaterial vor einem Bildschirm wahrzunehmen, kreierte eine falsche Illusion von Wissen und Erfahrung" (S. 107f.).

Die massenhafte Verbreitung z.B. von Videos der IS-Terroristen gebe ihnen einen scheinbaren Grad von Wahrhaftigkeit, der es fast unmöglich mache, den Islam differenziert zu diskutieren (was ja auch die Absicht der Terroristen ist). Auf diese Weise würden wir

durch voyeuristische Verführungen im Netz auf falsche Fährten gesetzt. Da Moral als Produkt unserer Gesellschaft über Lernprozesse weitergegeben wird, würden auch moralische Regeln und Übereinkünfte im virtuellen Raum "zum Teil stark" verändert. Die Gefahr sei groß, dass über diesen immer intensiver werdenden Netz-Voyeurismus falsche Einstellungen zu einem allgemeinen "moralischen Mind-Set" werden. So sollte z.B. das Filmen von Toten am Straßenrand als Selfie keinesfalls zur Normalität werden, die man mit anderen teilen möchte; in der virtuellen Welt etablierte sich leider eine andere Moral; durch das Visuelle und Voyeuristische könnte ein Stück Humanität verloren gehen – befürchtet die Autorin: "Wir machen Menschen durch das Element der Beobachtung zu einer Ware und rauben Sterbenden ihre Würde [...] Durch ein Zuviel an Neugierde und voyeuristischen Neigungen können wir uns mitschuldig machen am Leid vieler Menschen, die zu Opfern seelenloser Täter werden oder ihren eigenen virtuellen Seelenstrip-tease irgendwann nicht mehr verkraften. Unser Online-Gewissen muss gestärkt werden" (S. 109f.).

Am Ende ihres Buches kommt Catarina Katzer zu einer differenzierenden Einschätzung der psychologischen Wirkungszusammenhänge des Lebens im Netz und mit dem Netz. Dieses könne für uns eine persönliche, individuelle und gesellschaftspolitische Chance sein, unser Leben in vielen Bereichen erleichtern und bereichern und andererseits auch etwas ganz Essentielles stehlen: "Es kann uns sehr unzufrieden machen und eine emotionale Entfremdung entstehen lassen. Das sind versteckte Kosten hinter der digitalen Invasion – unseres Arbeits- und Privatlebens, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen" (S. 312).

Aber was können wir tun, um aus der Netz Falle zu entfliehen? Wir sollten zu allererst – so die Autorin – mehr unseren Verstand gebrauchen, selbst denken, nicht alles hinnehmen oder unhinterfragt akzeptieren: "Wir brauchen eine neue Zeit der Aufklärung. Sapere aude, also! [...] Faulheit, so sagte ja schon Kant, sei der Grund, weshalb wir Menschen so gerne unmündig sind. Sich bestimmen und führen zu lassen, entlastet uns emotional und kognitiv und enthebt uns gleichzeitig jeglicher Verantwortung. Gegen diese Faulheit müssen wir angehen – gerade auch online" (S. 295). Weiterhin sollen wir einen "digitalen Fernblick" entwickeln, mehr Netz-Verantwortung übernehmen und lernen, Nein zu sagen und uns selbst Grenzen zu setzen, denn Mensch-Maschine-Computer müsse kein Gegensatz sein.

Catarina Katzer hat ein sehr gut lesbares und übersichtlich gegliedertes Buch über den virtuellen Raum als zweiter Lebenswelt geschrieben, das gerade auch für interessierte Medien- und Psychologie-Laien verständlich und nachvollziehbar ist; es sollte eine mahnende Pflichtlektüre werden für alle, die politisch-kulturell, medial wie pädagogisch Verantwortung tragen und die die digitale Zukunft gestalten wollen. ■

Klaus Ludwig Helf

Catarina Katzer: Cyberpsychologie. Leben im Netz: Wie das Internet uns verändert
dtv premium, München 2016, 352 Seiten
Preis: 16,90 Euro
ISBN: 978-3-423-26092-3

zuerst veröffentlicht im Schattenblick

Mit dem Heißluftballon über die Bildungslandschaft

Haben Sie schon einmal eine Fahrt mit dem Heißluftballon mitgemacht? Dann kennen Sie die Erfahrung, eine bekannte Gegend aus der Höhe zu betrachten und sie dabei aus bislang unbekannter Perspektive in einer völlig neuen Dimension wahrzunehmen. So ähnlich verhält es sich mit dem aktuellen Buch von Jörg Schlömerkemper (*). Was er in elf Kapiteln auf rund 280 Seiten beschreibt, ist alles bekannt und stellt dennoch eine Überwindung der gängigen Sichtweise von Schule und Unter-

richt dar. Diesen neuen Blickwinkel braucht es – endlich! – für eine Neuorientierung unseres Bildungswesens.

Gleich im ersten inhaltlichen Kapitel (Kap. 2) über die aktuellen „Baustellen“ von Schule, in dem er sich Gedanken über Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Lernen und Leistungen oder System-Struktur-Fragen macht, wird Schlömerkemperns Ansatz deutlich: Er hält die Bearbeitung von Proble-



men in und um Schule im Rahmen der bestehenden Strukturen für schwierig. Stattdessen stellt er in den folgenden Kapiteln Antinomien heraus, Gegensätzlichkeiten also, Doppeldeutigkeiten, die verdeutlichen können, „warum und wie scheinbar unvereinbare Aussagen auf einer höheren Ebene oder bei tieferer Analyse miteinander in Beziehung stehen“ (S. 24).

Daraus ergibt sich eine neue Sicht von den Funktionen der Schule (Kap. 5). Schlömerkemper schlägt in Überwindung der gängigen Dreiteilung nach Fend in Qualifikations-, Selektions- und Legitimationsfunktion eine Zweiteilung der Aufgaben von Schule vor: Sie soll einerseits qualifizieren, wozu die ganze Spannweite ihrer Aufgaben vom Selektieren nach Leistungsstärke bis zum Kompensieren von Leistungsproblemen gehört. Andererseits soll sie Einstellungen fördern, die sowohl die Akzeptanz unterschiedlicher Qualifikationen beinhalten, als auch Haltungen, die Empathie, Hilfsbereitschaft und Solidarität fördern. Dafür prägt er den Begriff des „Habituiers“.

Solche neuen oder neu definierten Begriffe sind wesentlich für dieses Buch, weil die alten Begrifflichkeiten mit all ihren inneren Widersprüchen mitverantwortlich sind für die anscheinend unüberwindlichen Baustellen im

Zusammenhang mit Schule. Doch der Anschein trügt – es gibt Wege der Veränderung schulischen Lernens! So denkt der Autor im weiteren Text über Aufgaben und Ziele sowie Konzepte schulischer Bildung nach, die er dann in den Kapiteln 9 bis 11 an den Stichworten Leitbilder, profilorientiertes Lernen und kooperatives Lernen und Arbeiten konkretisiert. Sie beschreiben Alternativen zur jahrgangs-curricular verfestigten Struktur des herkömmlichen Unterrichts sowie gangbare Wege zu individualisiertem Lernen samt der zugehörigen Leistungsmessung. Es gibt Auswege aus der permanenten Überforderung der Einen und der Unterforderung der Anderen – das, wofür einzelne Schulen alljährlich mit dem „Deutschen Schulpreis“ ausgezeichnet werden, soll und kann Allgemeingut werden.

Im letzten der zwölf Kapitel beschreibt Schlömerkemper schließlich Lösungsansätze, die sich nicht nur auf Schüler, ihre Eltern und Lehrer beziehen, sondern auch auf Fragen von Schulpflicht, Klassenwiederholung oder Schulinspektion, auf Schulformen und Schulentwicklung, Bildungs- sowie Gesellschaftspolitik und schließlich auf die pädagogische Praxis und Erziehungswissenschaft.

„Pädagogische Prozesse in antinomischer Deutung“ skizziert bahnbrechende Ansätze für die längst dringend gewordene Umgestaltung unseres Schul- und Bildungswesens. Allerdings ist es keine leichte Lektüre, auch wenn der Autor sich nach eigener Einschätzung „um eine möglichst schnörkellose Sprache bemüht“ (S. 9) hat. Schon der Titel weckt nicht gerade Leselust, obgleich sich der Urlaub als ideale Lesezeit besonders für dieses Buch anbietet. Mit ein wenig Abstand zum Alltag lassen sich nämlich „Begriffliche Klärungen und Entwürfe für Lehren und Lernen“ leichter auffassen als mitten im beruflichen Stress. Der neue Schlömerkemper kann sogar zum intellektuellen Vergnügen werden, wenn es der Leserin, dem Leser gelingt, „die gewohnten Bahnen des Denkens zu verlassen und konsequent nach Alternativen zu suchen“ (S. 8). ■

Detlef Träbert

Jörg Schlömerkemper: Pädagogische Prozesse in antinomischer Deutung
Beltz Juventa) 2017, 282 S.
ISBN: 978-3-7799-3475-2
Preis: 28,95 Euro

Einführung in das systemische Lerncoaching



Der Lehrer als Lern-Coach – das ist die geflügelte Formulierung, die sich seit dem

PISA-Schock in der Literatur und in Fortbildungen immer wieder findet. Doch wissen wir eigentlich als Lehrerinnen und Lehrer, was das bedeutet? Torsten Nicolaisen klärt in seinem Bändchen darüber auf, was systemisches Lerncoaching eigentlich bedeutet und welche Wege man gehen muss, um irgendwann ein guter Lerncoach zu werden.

Es wird deutlich, dass Lernberatung eben nicht die Vermittlung von Methoden ist, sondern ein komplexes Gefüge aus Emotionen, Kommunikation und Anerkennung der Lösungskompetenz des Gegenübers. Dass Lerncoaching in vielen Fällen zunächst scheitert liegt oft nicht am Coachee sondern am Coach.

Die Anerkennung des konstruktivistischen Grundgedankens von Wissen, welches sich kommunikativ, individuell und passend entwickelt ist eine der Grundvoraussetzungen für die Prozesse des systemischen Coachings. Dazu kommt die Erkenntnis, dass die Dinge in Abhängigkeit zueinander stehen, eben ein

System bilden, welches erkannt und genutzt werden soll.

Das Wahrnehmen der und das Arbeiten an den eigenen Ressourcen stellt die zentrale Aufgabe im Lerncoaching dar. Insoweit ist es auch verständlich, dass diesem Aspekt ein großer Teil gewidmet wird. In der täglichen Arbeit sollte gerade jene Kompetenz bei vielen Lehrerinnen und Lehrern noch besser ausgeschärft werden.

Insgesamt ist die Einführung gelungen und kann dazu dienen, eigene Entwicklungsfelder zu verorten, um dann in einem weiteren Schritt sich selbst zu coachen auf dem Weg zum Lerncoach. ■

Matthias Römer

Torsten Nicolaisen: Einführung in das systemische Lerncoaching
Carl-Auer, Heidelberg, 127 Seiten
ISBN: 978-3-8497-0196-3
Preis: 14,95 Euro



0,- Euro Bezügekonto² der „Besten Bank“

¹ Für GEW-Mitglieder, Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied
² Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

- ✓ Bundesweit kostenfrei Geld abheben an allen Geldautomaten der BBBank und unserer CashPool-Partner
- ✓ Einfacher Kontowechsel – in nur 8 Minuten
- ✓ Ausgezeichnete und zertifizierte Beratung im Abgleich mit der DIN SPEC 77222
- ✓ Vorteile für GEW-Mitglieder
 - 50,- Euro Startguthaben¹
 - Kostenfreie Kreditkarte Visa ClassicCard zum Bezügekonto



Vorteile für
GEW-Mitglieder!

Jetzt informieren:

In Ihrer Filiale vor Ort, unter Tel. 07 21/141-0
oder www.bbbank.de/gew

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst